

Politische Uebersicht.

Die Vierte.

Die Verhandlung des Klagen-Prozesses wird immer mehr eine Kette abgelehnter Weisungsbefehle. Die vierte Strafkammer des Berliner Landgerichts I, die gefürchtete, wohnt ihren Auf der Schenke, Dr. Brauerweiser, Geist erfüllt sie, lebt in ihrem Vorhaben, dem Landgerichtsdirektor Dr. Eppermann, Fragen, die von den Angeklagten und Verteidigern gestellt werden nach dem Beispiel, das der Vorsitzende selbst gegeben hat, bezeichnet er als unzulässig. Für zulässig aber hält er und seine Kammer es, den Verteidigern und Angeklagten jederzeit durch Zwischentragen ins Wort zu fallen, so daß sie gar nicht dazu kommen, die Fragen zu stellen, die sie stellen wollen. Es ist die objektive Verhinderung des Fragerechtes der Angeklagten, d. h. die objektive Verhinderung der Verteidigung.

Der Gipfelpunkt der Übermannlichen Prosefährung war bisher die Ablehnung des Antrags, den sämtliche psychiatrischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, den Geisteszustand des Willkür-Große an Grobe selbst zu untersuchen. Wir haben das Verlangen wiedergegeben, das aus diesem Anlaß die Verteidigung an den Justizminister und den Berliner Oberstaatsanwalt richtete. Es war ein letzter Versuch, die im Reichstag vom Regierungsrat prunkvoll verheißene „volle Aufklärung“ zu erzielen. Es war ein Ruf um Hilfe gegen die Eppermannsche Prosefährung, eine Erinnerung an das gegebene Regierungswort.

Das Resultat ist abermals eine Ablehnung. Es ging folgende Antwort ein:

Oberstaatsanwalt des Kgl. Kammergerichts.
Berlin, den 23. Mai 1906.
Aus dem telegraphischen Antrag vom 22. Mai 1906, eingegangen am 23. Mai 1906.

Einziger Zweck der für die Sachverständigen nachgesuchten Erlaubnis zum Besuch des Strafgefangenen Willkür-Große im Strafgefängnis ist Aufklärung im Strafprozeß wider Kaiser und Genossen. Soweit für diese Aufklärung das Gericht die Untersuchung und Beobachtung des Strafgefangenen Große durch die im Strafprozeß geladenen Sachverständigen für unbeschädigt erklärt hat, fehlt für mich an der Sache der Grund, den beantragten Besuch des Strafgefangenen Große im Verwaltungsbüro zu gestatten.

Es fehlt der an der Sache der Grund!

Indes hat die Vierte die Ablehnung des Antrags noch einmal die Ablehnung, indem sie dem Fall Große einen Fall Liebnacht angehängt hat. Der Prozeßbericht zeigt, wie es kam. Der Verteidiger hat seine Meinung kundgegeben, daß der Beschluß des Gerichts in Sachen der Beobachtung des Große die Aufklärung verbinde. Eine Meinung, die sicherlich die Öffentlichkeit in weiten, weiten Kreisen teilt. Diese Meinung mag dem Gericht, mag der Vierten unangenehm sein, jedenfalls hat sie keinerlei Handhabe, diese Meinung zu unterstützen. Der Verteidiger aber erhielt 100 M. Geldstrafe wegen Ungebühr, weil der Gerichtshof annimmt, daß er trotz seiner gegenständlichen Erklärung gesagt habe, der Gerichtshof sei befreit, die Aufklärung zu verhindern.

Wenn die Vierte glaubt, durch solche schneidige Maßregel die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die Verweigerung der Beobachtung des Große keine Vereinträchtigung der Aufklärung sei, so tritt sie.

Der Fall Russlands am Galgen.

Die Schergen in Russland haben ihre Nachsuche an dem Manne betrieben, der das russische Volk von seinem verwerflichsten und brutalsten Bedrucker befreit hat. Am Dienstag früh 3 Uhr ist Kalajew, der Richter des Großfürsten Sergius, gehängt worden. Der sonst so geschwätzige Telegraph berichtet nichts Ähnliches über die Hinrichtung dieses Freiheitshelden. Es kam aber kein Zweifel darüber bestehen, daß er mit großem Mute dem Tode entgegengegangen ist. Sein heldenmütiges Verhalten in dem Prozeß ist eine Gewähr dafür. Stolz hat er alle Versuche seiner Freunde und der Verteidigung, eine Milderung des Urteils zu erwirken, zurückgewiesen. „Wir sind“, so hat er seinen Schergen auf den Richterhöfen zugerufen, „weil kriegerische Parteien. Sie sind die besessenen Organe des Kapitals und der Regierung des Zarens, ich, der revolutionäre Sozialist, bin der Richter des Volkes.“

Auf diesen Ton war auch seine Verteidigungsbreda gestimmt. Nicht für sich sprach er, es war eine kühne und wichtige Anklage gegen die russischen Tronomen und ihre Schandtat. Und nach der Verkündung des Todesurteils bemerkte er:

„Ihr Urteil macht mich glücklich. Ich hoffe, daß Sie auch den Ruh haben werden, es ebenso öffentlich andrücken zu lassen, wie ich das Todesurteil der revolutionären Partei öffentlich vollzogen habe. Sie müssen lernen, der nahenden Revolution Aug' zu sehen.“

Jetzt ist er stumm; der russische Freiheitskampf hat einen Platzgenen mehr. Die zarische Schreckensherrschaft hat dadurch

vorgeführt aus Bordeaux zurückgekehrt, konnte nun mit eigenen Augen den Stand der Dinge prüfen und Paris den Puls fühlen. Ein Staatsstreich! Guter Gott, womit dem aber? Verkündete er denn nicht in einer seiner letzten Reden, daß er gefonnen sei, nur im Notfall Gewalt zu gebrauchen, im geeigneten Moment jedoch mit der äußersten Energie?

Gewalt? Wozu, wenn Gebuld, Geduldlichkeit und Taktgefühl genügt? Und dann, welcher Moment war wohl weniger geeignet als dieser, da durch ihre unheimlichen Beschlüsse die Nationalversammlung sich selbst ihre eigenen Anführer entfremdete, da hunderttausend Bedrückte den Ruin über eine Unzahl von Geschäftsleuten verhängten; da seit drei Wochen mehr denn sechzigtausend Nationalgardisten ihre Reihen und Paris verlassen hatten?

„Die äußerste Energie“ — die Lust, sie anzuwenden, fehlte dem Manne von Tronomenin sicherlich nicht. Er war viel zu hochmütig, um den Radikalen zu weichen zu können, daß sie am 31. Oktober unter dem Vorwand des von Bismarck geduldeten Auftrages die Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes abgebrochen hatten, und um die am Abend des 26. Februar ausgesandene Angst zu vergeffen, als in Erwartung des Einzugs der Deutschen die Wanderslusten tausend alles mit fortzureißen drohten. . . . Auch seine Abhängigkeit gegenüber der Nationalversammlung mußte aufreißend auf ihn wirken. Den zwanzigsten eröffnete sie in Versailles wieder ihre Sitzungen und wurde entrüstet sein, unter den übrigens nicht geladenen Mannen von Montmartre verhandeln zu müssen. „Si alledem verfolgte ihn auch noch die Bande der Geldmänner mit Verhüllungen und Drohungen: „Sie werden niemals imstande sein, finanzielle Operationen auszuführen, wenn Sie nicht mit diesen Verrätern ein Ende machen und nicht jetzt die Kanonen fortbringen!“ . . . Doch „die äußerste Energie“, woher sie nehmen? Wenn der Polizeipräsident davon sprach, das Central-Komitee verhaften zu lassen, sagte Vinoy: „Ueber-

nichts gewonnen, der Heldentod solcher Kämpfer muß im Gegenteil neue Kämpfer schaffen, die entschlossen sind, Freiheit und Leben für die Freiheit des russischen Volkes einzusetzen.“

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Mai. Es verlautet zuverlässig, daß der Reichskanzler Graf Bülow sich dafür ausgesprochen habe, den Reichstag bis zum Oktober vertagen zu lassen. Man nimmt an, daß der Bundesrat in demselben Sinne beschließen wird.

Intimitätenhandel. Im Volk, dem bekannten christlich-sozialen Blatt, äußert sich ein Theologe der Wilhelmschule Kaiserrede über die „Taktlosigkeit“, mit der aus der nur für das Militär bestimmten Rede „Preise Auszüge“ übermittelt worden sind, um dann, einmal in „Instruktion geraten, fortzuführen.“

Aus der Umgebung des Kaisers weiß ich, wie die Presse durch dergleichen sich viel verheert; wäre sie in nationalen Dingen besser diszipliniert, oder, sagen wir es gerade heraus, bestände sie bei und mehr „Anderer“, so würde man sie auch bei anderen Gelegenheiten viel mehr entgegenkommen. Noch unvorstellbar ist das Pieudonum „Kaiser“, das vor einigen Jahren in die Sachen an den Vokalangelegenheiten beigezeichnete. Die Arbeiter wurden damals mit allem Eifer betrieblen; aber selbst ein eigenständiger Brief des Reichskanzlers Grafen Bülow vermochte Herrn Scherl nicht zur Rüstung des Geheimnisses zu bewegen.

Daß Scherl keine Intimitätenlieferanten deut, ist sehr beargwöhnt, er hat die Sachen sicher auch länger behalten müssen. Ein Blatt, wie der Volksanzeiger, kann dergleichen Klatsch ja nicht ertheilen. Interessant ist es aber, zu erfahren, wie der von den Scheißblättern gestiegene Heißhitzel zustande kommt.

An der Aufklärung im Volk ist im übrigen noch bemerkenswert, daß der Oberrichter unbeschäftigt indirekt zugeben muß, daß die Mitteilungen der Presse über die Kaiserrede richtig gewesen sind, er beschwert sich nur über die Vertümmelung. Nun begreift man auch, weshalb das in dieser Angelegenheit eingeleitete Najestatsbeleidigungsverfahren wieder eingestellt ist.

In die Brüche gegangen ist der projektierte Zusammenschluß der Freisinnigen, der Nationalliberalen und der anderen liberalen Strömungen in Nürnberg. Die Nationalliberalen haben den Beschluß an dem Teufelswort verloren. Das Kartell war projektiert, um mit vereinten Kräften den Sozialdemokraten in Nürnberg die Landtagsmandate zu entreißen. Der Liebe Nähe wäre voraussichtlich doch vergeblich gewesen. Jetzt ist unsern Nürnbergger Genossen der Sieg von vornherein sicher.

Nationalliberale Verfahrenheit. Im nationalliberalen Verein in Konstanz hat der Staatsanwalt Jungblans eine Rede gehalten, in der er auch das Verhalten der liberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses in der Schlußfrage und bei der Vergarberitungsdelibere freilich und ausführte.

Zur jenseitigen Leute, wie die liberalen „Ritzglitzer“ des preussischen Abgeordnetenhauses, sei kein Platz mehr in einer wirklich liberalen Partei! Das müsse offen und rückhaltlos ausgesprochen werden: Entweder mögen sie aus der Partei ausschicken und hingehen, wohin sie gehören, oder wir geben hinaus!

Inzwischen wird der liberale Staatsanwalt in Konstanz wohl aus den Verhandlungen des Dresdner Parteitag der Nationalliberalen erleben haben, daß im Gegenteil für wirklich liberale Männer in der nationalliberalen Partei kein Platz ist.

Kolonialfreunden deutscher Soldaten. In den Leipziger Neuesten Nachrichten wird ein Brief eines Feldorientierten veröffentlicht, der unter Oberst Reimling mit an dem Kolonial-Freizeuge in Südwestafrika beteiligt ist. Es heißt darin unter anderem:

„Nach sieben Stunden zwangen wir den Feind zum Rückzuge, was in voller Nacht geschah. Die es best, soll Hendrik Sibbei dabei gewesen sein. Die gefallenen Hottentotten liegen weit liegen, die Leichen werden von Eschalen und Kasagieren aufgefressen. Das Schlammte war, daß wir kein Wasser hatten; wir litten überaus unter dem Durst, am meisten die armen verwundeten. Die Wasserlöcher sind oft von den Schwarzen durch tote Tiere verunreinigt. Auch das Wasser, was wir tranken, kocht oft und ist schon ganz verkauft. Ich trachte der Mafke aus, als ob er mit Milch gekocht wäre, denn es ist alles kalther. Auch ist der Gewinn oft knapp, weil es so beschwerlich ist, ihn herauszuschaffen mit Esel und Ochsenwagen; oft gehen die Räder bis an die Achsen im Sande. . . . Hier sind am Tage 40 bis 50 Grad (Celsius) Hitze und nachts bis zu 2 Grad Wärme. Man fällt fast aus den Socken, so zerrissen ist alles, wir laufen ziemlich barfuß, viele haben die Sohlen mit Bindfaden angebunden.“

Das ist ein neuer Beleg dafür, daß der Rachefeldzug in Südwestafrika nichts Verlorenes für die Soldaten bietet.

Eine eigenartige Rettung hat der Senat in Bremen vollzogen. Dem dortigen Prediger Mauritz wurde mitgeteilt, daß alle von ihm in den letzten fünf Jahren vollzogenen Taufen für unzulässig erklärt worden sind. Als Grund wird angeführt, der

nehmen Sie es! Und der Polizeipräsident erwiderte: „Ich kann nicht!“ D'Azulle hat auf keine Zusammenkunft fünfzehn Mann sich einstellen. Seine Eisenhand kostete das Leere. Die Truppen? In Paris, in der Provinz belagert, kann noch in Cabres eingeteilt, geschickelt durch die Entlassung der vom Militärdienst Befreiten und durch die Einderleibung jener mähigen Elemente, die seit einem Monat bei den Einwohnern einquartiert waren und in den Straßen umherlungerten — war es Flug, auf sie zu zählen? Demoralisiert, schwankeend, wer vermochte zu sagen, ob sie nicht, anstatt die Gewehre zu senken, vielmehr die Kolben erheben würden? Und dann? . . .

Am Abend brachte Casitte auf dem Heimweg von der Rairie Vincent folgende Notiz:

„Oberst Schoelder, der heute aus Bordeaux eingetroffen ist, hat sich mit Clemenceau in den Park der Mutter beggeben. Sie konnten denselben erst betreten, nachdem sie sich in der Rue des Neufers einen Vorkriegswein hatten austellen lassen. Ein Mitglied des Central-Komitees hat sie begleitet; man hat sich dahin verständigt, Schoelder die Stenomen zurückzustellen.“

An diesem Abend sah Vincent beim Diner heiterer als seit langer Zeit seiner Frau gegenüber. Die Lampe warf ihren milden Schein auf das weiche Gesicht. Tiefe Stille umhüllte das kleine Haus. Feiner Regen rieselte nieder. Zum erstenmal nach langen Wochen begann Vincent zu lachen, während seine Frau an ihren ewigen Strümpfen und Fußwärnern für die Armen strickte.

Vor dem Aufbetgehen öffnete er das Fenster und atmete tief die idylle Nachtluft. Friedlich schlummernde Montmartre um Schutze seiner Stenomen. Stumm debatte sich die Stadt mit ihren unzähligen, langsam verlassenden Vidtern. Ein leiser, frischer Frühlingshauch strich durch die Nacht.

„Welche Stille!“ sagte Vincent, das Fenster schliefend.

⋯ (Fortsetzung folgt.) ⋯

für liberal geltende Prediger habe bei der Taufe eine Formel gebraucht, die von der biblischen abweiche. Die Aktion soll ein Treibereien der preussischen Orthodoxie in Szene gesetzt sein. Mauritz hat erklärt, er habe bei seinem Amtsantritt keine feststehende Formel vorgelassen, daher habe er sich für berechtigt gehalten, eine eigene Formel zu gebrauchen. In Wirklichkeit liegt die Sache wohl so, daß M. zu jenen Predigern gehöre, die als Vertreter eines abernatürlichen Schöpfers zweifel hegen und die wichtigsten Fragen mehr phlosophisch behandeln. Er hat keinen Anstand, offenbar auch keine Taufformel angepaßt. Die Predigten dieses freisinnigen Pfarrers sollen großen Anklang beim liberalen Bürgertum gefunden haben. Das läßt sich erklären, denn die schwächliche Halbheit dieses Predigers entspricht ganz den Ansprüchen des liberalen Kleinbürgertums.

Nun macht aber vielen Leuten die Ungültigkeitserklärung der Taufen große Sorge. Man will zwar Kaufstücken verankern, aber es wird „beirücktet“, daß sich die meisten weigern werden, ihre Kinder dieser Prozedur zu unterziehen. Und der Senat hat keinerlei Maßnahmen, die Leute zu gewinnen. Schließlich ist das Vorgehen des Senats auch vom juristischen Gesichtspunkte aus sehr anfechtbar. Verschiedentlich wird überhaupt bestritten, daß der Senat das Recht habe, die Ungültigkeit der Taufen auszusprechen. Die Angelegenheit kann jedenfalls nach zu allerliebsten Verwicklungen führen.

Die Beurteilung Päcklers zu 6 Monaten Gefängnis wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten gegen die jüdische Bevölkerung ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen. Nun wird der Verurteilte voraussichtlich alles versuchen, eine Begnadigung zu erlangen.

Schweiz.

Z. Die Stichwahlen. Die am Sonntag im Kanton Jura für den Kantonsrat stehenden, haben unterer Partei mehr als Niederlagen gebracht. Vier Genossen fanden noch im zweiten Wahlgang, sie haben zum Teil sogar weißer Stimmen erhalten als bei der Hauptwahl. Mehrere Arbeiter brachen die Parteibanner und Zwangsmitglied und hoben sie. Unterer Partei ist nun der neuen Zürcher Kantonsrat 28 Mann stark, gegen 30 in der vormaligen Amtsperiode. Die Bürgerlichen sind 25 Mann stark.

England.

Im Unterhaus fand in der Nacht zum Dienstag eine erregte Szene statt. Nachdem Campbell Chamberlain die Vertagung der Hauses beantragt und auf Balfours Erklärung hingewiesen hatte, daß eine Kolonialkonferenz 1906 die Frage kolonialer Vereinigungen erörtern solle, eher darüber auch Land applaudiert werden sei, wollte der Kolonialminister an der Stelle des Hauses, wurde aber von der Opposition die Verlangt, daß Balfour selbst spreche, niedergedrückt. Alle seine Versuche, zu Worte zu kommen, waren vergeblich. Das gab es weiter, der Präsident war nicht imstande, Ruhe zu schaffen. Schließlich wurde die Sitzung ausgeschrieben.

Serbien.

Obstruktion. In der Kammer hat die Opposition zu dem Vizepräsidenten geäußert, um eine Anleihe zu hinterziehen. Es ist darüber aus Belgrad gemeldet: In der ersten Sitzung der außerordentlichen Sitzungssaalung war die Ministerbank vollständig von der Bande der Obstruktion nur schwach belegt. Die drohende Obstruktion forderten die Auszahlung des Darlehs und während der Auszahlung den Saal, so daß der Abgeordnete die Sitzung schließen würde. Die Obstruktion sollte den Beschluß, der ersten Sitzung geschlossen gegen die Anleihe zu stimmen und, wenn das nicht nützlich sollte, bei der zweiten Sitzung den Saal zu verlassen um die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Da auch ein anderer Obstruktionsteil gemeint sind, das gleiche zu tun, sitzen die Ausrichter der Anleihe sehr unzulässig.

Amerika.

Einschränkung der Einwanderung. Wie verlautet, beginnt Präsident Roosevelt unter den Plänen zur Einschränkung der Uebernahme der Einwanderung, die ihm vorschweben, und dem nächsten Kongress unterbreitet werden sollen, besonders die eine steigende Kopfsteuer, bis zu 25 Dollar, zu erheben.

Der Krieg in Ostasien.

Einige Schirmzüge werden aus der Mandchurie gemeldet; die Russen wollen gefest haben, die Japaner auch. Beweiskräfte in der Meldung, daß die Verbindung mit Vladivostok unterbrochen ist, wird ein erfolgreicher Vorstoß der Japaner gegen die Festung in vorgedachten man als den ersten Schritt zur vollständigen Einschließung und Belagerung ansehen konnte. Ueber Japans Operationen auf der See ist nichts gemeldet; man weiß überhaupt nichts über den Aufenthalt der Flotte. Die Abfahrten des japanischen Admirals Tojo geben nach übereinstimmenden Meldungen dahin, keinen Zusammenhang mit den Russen zu haben. Höchstens ihre Transportschiffe durch Torpedoboote angegriffen, im übrigen aber die russische Flotte unbehindert nach Vladivostok gelangen lassen. Doch das sind Kombinationen, die noch planlos erscheinen, die aber jeden Tag durch bedeutende Ereignisse über den Krieg zu worden werden können. Die wichtigsten der eingegebenen Berichte belagen:

Petersburg, 23. Mai. General Vincovitch telegraphiert am 21. Mai, daß am 19. Mai eine der russischen Abteilungen des 2. Bataillons belagert. Am nächsten Tage wurde der Barmarich nach Ende fertiggestellt. Am 19. Mai hatte eine Kolonne ein Artilleriebataillon bei der Nähe der Stationen Santsuku zu belagern und gegen die Japaner, die Station zu räumen und sich am 21. Mai nach Ende zurückzuziehen. Auch diese Kolonne setzte ihren Vormarsch nach Süden fort.

Tokio, 23. Mai. (Mittags.) Feindliche Kavallerietruppen vom rechten Ufer des Liau auf Umwegen gegen Kantonen gerückt, wurden von der japanischen Kavallerie in zahlreichen Schlägen geschlagen und logierten sich, nachdem sie auch in der Umgebung von Taianshien einen Wirtshaus erlitten hatten, am 21. Mai bei Hsianpingshi bei Sianshiao, 26 Meilen von Kantonen. Bericht gegen sie sich auf das rechte Ufer des Nankens gerückt. Mehrere Kompanien, die auf dem linken Ufer des Nankens geblieben waren, wurden seitdem von den japanischen Truppen besiegt und gegen die Umordnung nach Norden gerückt.

London, 21. Mai. Daily Telegraph meldet aus Tokio, daß die Eisenbahnverbindung mit Vladivostok unterbrochen und die Festung infolge dessen belagert ist. — Die Korrespondenz meldet aus Santsuku, daß es verlautet dort aus planmäßiger Quelle, daß sich die Flotte des Admirals Tojo noch auf der Höhe von Katsuyama befindet.

London, 21. Mai. Daily Telegraph meldet aus Tokio, daß die Eisenbahnverbindung Sianshiao — Chanshiao in beschränkter Breite Straße ist nach Süden hin angelegt zur Belagerung der Vorkämpfer. Die Eisenbahnverbindung von Dalian nach Mukden wieder hergestellt. Die japanische Kavallerie ist verhärtet worden und wird ebenso stark, wie sie es vor der Schlacht bei Kantonen. Es liegen Anzeichen vor, daß die Russen an der Grenze der Provinz, und ebenso in der Richtung auf Samtungs Tätigkeit entfalten. Eine sehr erhebliche Munitionslieferung trat gestern im Sianshiao ein. Einige Werte erreichten den Höchststand seit Beginn des Kriegs.

Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Böttler.

Von Stuttgart ist der Antrag gestellt worden, für den Süden Deutschlands angestrichen mit dem Sitz in Stuttgart. Nach der Diskussion wird beschlossen, einen Oberbeamten mit dem Titel eines Böttlers zu ernennen. Die Wahl fällt einstimmig auf Carl Rapp. Als Sitz des Ausschusses wird einstimmig Hannover wieder bezeichnet. Bei der hierauf folgenden Wahl des Vorstandes wird der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, und zwar Winkelmann als Vorsitzender, Thierfelder als Kassierer und Holtmann als Revisor der Deutschen Böttler-Zeitung. — Annahme findet zugleich ein Antrag Wittenburgs, das Gehalt der Vereinsbeamten auf 2000 M. pro Jahr festzusetzen.

Die Beratung über den Gewerkschaftskongress in Hannover ist zurückgestellt worden. Es wird also jetzt in die Beratung des Jahresberichts eingetreten. Umland-Hamburg als Referent führte aus, daß wohl keiner der früheren Gewerkschaftskongresse so viel Interesse der Oelamtarbeiter in Anspruch genommen habe, gerade der bevorstehende in Köln. Das läßt daher, daß zwei Wochen auf der Tagesordnung ständen, die das höchste Interesse des internationalen Proletariats erregen müßten: die Frage des Generalstreiks und die Frage der gegenwärtigen Stellung der Gewerkschaften zur Polizei. Referent teilt nicht auf dem Standpunkt: Generalstreik ist Generalstreik. Wenn es auch schwer halte, die Massen für diesen Ziele des politischen Klassenkampfes zu interessieren, so sollte man wenigstens doch fortwährend darauf hinwirken, daß die Arbeiter darauf bedacht sein müßten, im äußersten Falle als ultima regum dieses Mittel in Händen zu haben. Der Generalstreik ist eine Waffe, man müsse für ihn die Begeisterung der Arbeiterschaft erwecken suchen, wenn man eine Waffe gegen die Gewaltmittel der Kapitalisten haben wolle. — Zum Punkt Polizei müßten sich die Gewerkschaften den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Beschlüsse der Arbeiterkongresse zuwenden und die Arbeiter müßten sich die Polizei als Feind betrachten. Die Arbeiterkongresse müßten diesen und anderen Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Beschlüsse der Arbeiterkongresse treu bleiben. Die Arbeiter müßten sich die Polizei als Feind betrachten. Die Arbeiterkongresse müßten diesen und anderen Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Beschlüsse der Arbeiterkongresse treu bleiben.

Einzelmann tritt diesen Ausführungen entgegen. Der Generalstreik sei keine wirksame Waffe des modernen Klassenkampfes. Man müsse mehr von realen Gesichtspunkten ausgehen. Die verschiedenen Generalstreiks im Ausland hätten dafür den Beweis gegeben. Zum Punkt Polizei sei er der Ansicht, die Arbeitstruppe sei, weil sie so vollkommen zur Durchführung zu bringen ist, abzuschaffen. Es sei nur ein ganz geringer Bruchteil der befreiten Arbeiter, die die Arbeitstruppe einhalte, und das sei keine Demonstration. Die Resolution im Sinne der Winkelmann'schen Ausführungen findet keine Annahme.

Als Ort der nächsten Generalversammlung, die in drei Jahren stattfinden soll, wird Wien festgesetzt. Mit einigen Begeisterter Beschluß erklärt Winkelmann hierauf mit einem Hoch auf die Delegierten, in das die Delegierten einstimmig, die Verhandlungen zu schließen.

Sächsische Angelegenheiten.

Das tageweise Militärverbot, das bisher nur im 12. sächsischen Armeekorps eingeführt war, soll jetzt auch in Leipzig, wo sich das Kommando des 19. Armeekorps befindet, verschärft in Anwendung kommen. Auf ein dahingehendes Ansuchen des Vorstands vom Landesverband sächsischer Saalstädter ist folgende Verfügung ergangen:

Es wird versuchsweise vom 1. Juni d. J. ab ein tageweises Militärverbot vom Garnisonkommando Leipzig für die Garnison und den Garnisonbereich Leipzig nicht mehr verhängt, es soll aber jeder Lokalhaber die Verhängung des dauernden Militärverbots über sein Lokal zu erwarten haben, der sich den bestehenden Bedingungen nicht unterwirft.

An dem Tage, an dem eine sozialdemokratische Versammlung den Lokal stattfindet, hat der Lokalhaber mindestens eine Stunde vor dem Versammlungsbeginn ein Plakat an den Sozialen und an den Eingängen zu den Nebenräumen anzubringen und so lange hängen zu lassen, bis an diesem Tage das Plakat geschlossen wird. Das Plakat hat in deutlich lesbaren Schrift folgende Worte: „Versammlung! Heute für Militär verboten!“ zu enthalten. Die Beschlüsse sind: Generalassistent und Stadtkommandant.“

Das jetzt endlich in Leipzig durchgeführte worden ist, der dort vor 12 Jahren schon Praxis. Erst zur Zeit des Verbotstages ist die dortige Militärverwaltung davon abgenommen.

Die Genossenschaften der Agrarier. Am Dienstag wurde im Dresden der Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften Sachsens abgehalten. Es hatten sich 395 Teilnehmer versammelt, von denen aber nur 244 stimmberechtigt waren. Nach dem erstatteten Bericht sind im verflochtenen Jahre 37 neue agrarische Genossenschaften ins Leben gerufen worden, doch ist ihre Zahl, soweit sie im Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Sachsen zusammengeschlossen sind, auf 287 beläuft. Die Gesamtziffer der ländlichen Genossenschaften im Reiche beläuft sich Ende 1904 auf 18 074 Genossenschaften. Anschließend an den Jahresbericht erstattete der Pastor Kuster aus Löhmitz im Erzgebirge den Bericht über die Jahresrechnung für 1904, welche bei 33 461 M. 92 Pf. eingenommen und 34 044 M. 24 Pf. Ausgaben mit einem Reibehalt von 582 M. 32 Pf. abschließt. Alsdann wurde der Vorbericht auf das Jahr 1905 mit 37 511 M. 25 Pf. in Einnahmen und Ausgaben festgelegt. Zum Schluß hat ein Pastor die sittlichen Triebfedern der genossenschaftlichen Arbeit vorgetragen gehalten.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind mit den von der Regierung gegen minimalen Zinsfuß (1 1/2 Prozent) bewilligten 5 Millionen aufgedoppelt worden; man hat sie auch auf alle mögliche Art gehäufelt und gefördert. Und das geschieht in einem Lande, wo man die Gemeinden gegen die Genossenschaften der Arbeiter mit Anbelagerungsverfahrungen opfern läßt.

In den Landtagswahlen. Im 3. ländlichen Wahlkreise (Sachsen-Ost) (Sachsen-Ost) haben die Nationalliberalen den Fabrikbesitzer Paul in Wertheim, der nachträglich von der Kandidatur zurücktritt, den Fabrikbesitzer Reinhold in Wertheim bei Reichenau als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt. Bürger hat die Kandidatur angenommen. Es soll aber viel Mühe gekostet haben, er sich dazu hat bereit finden lassen. Besonders Herr Schmidt, der jetzige nationalliberale Vertreter des Kreises, hat Herrn Bürger darüber tüchtig bearbeitet haben, ehe er die Kandidatur, die voraussetzlich eine Durchfallskandidatur werden wird, angenommen hat.

Eine Konferenz sächsischer Gewerkschaften hat am 25. Mai in Dresden stattgefunden. Es haben daran auch Vertreter der Regierung und der Kreisgenossenschaften teilgenommen. Die vierstündige Sitzung soll man über verschiedene Fragen der Gewerbe- und Tarifverhandlungen beraten haben. Besondere Erwähnung verdient nicht.

Ein Bankrott soll in Chemnitz bevorstehen. Es wird darüber aus der genannten Stadt berichtet: In diesem Jahre kommt hier der Nachlaß des kürzlich verstorbenen Baumeisters Wittmer zur Versteigerung. Wittmer besaß eine ganze Anzahl Häuser, die in nächster Zeit alle unter den Hammer kommen dürften. Dieser „Fall Wittmer“ soll aber erst der Anfang der Folgen sein, die die in den letzten Jahren hier erfolgte Ueberproduktion an Häusern und der jahrelang betriebene Hauswandel nach sich ziehen. Auf Veranlassung des hiesigen Spar- und Kreditvereins sollen sich eine Anzahl Banken von hier und der Umgebung zu einem Konjunktium zusammengeschlossen haben, das dem ungelunden Kreditgeben an unrentable Bauunternehmer ein Ende bereiten will.

Die industrielle Entwicklung Sachsens hat in der Zeit der sogenannten Capri'schen Handelsverträge gewaltige Fortschritte gemacht. Nach dem neuesten Heft des sächsischen statistischen Bureau hat sich in dem fünfjährigen Zeitabschnitt von 1892 bis 1904 die Zahl der in Sachsen bestehenden Fabriken von 13 806 auf 19 328 und die Zahl der in diesen Fabriken beschäftigten Arbeiter von 384 836 auf 588 832 erhöht. Das steuerpflichtige Einkommen in Sachsen ist während dieses Zeitraumes ebenfalls gewaltig gewachsen, nämlich von rund 1565 Mill. auf 2305,5 Mill. M.; auch der Ertrag der staatlichen Einkommensteuer von 21,55 auf 45,25 Mill. M.

Landbesitz. Der Wirt des Guts Hofes Stadt Amsterdam hat sich nunmehr schriftlich bereit erklärt, seinen Saal allen Parteien, also auch der Sozialdemokratie, zu Versammlungen usw. zur Verfügung zu stellen.

Oberpostamt. Die hiesige 400 Jahre alte Kirche mußte wegen Unzulänglichkeit geschlossen werden. Die dritte Empore wurde schon seit längerer Zeit nicht mehr benutzt. Ein zweitesprechender Umbau würde ungefähr 50 000 M. kosten.

Jittau. Einen Voranschlag führte am Sonnabend abend der Kaufmann Franz Bollmann in Arapau auf seinen Arbeitgeber, den Fabrikbesitzer Anton Briller, aus. Er feuchte, weil ihm die Vorausgabe seines Arbeitsbuchs verweigert worden war, mehrere Schüsse auf den Fabrikbesitzer ab und verlegte ihn schwer im Gesicht, als dieser ihm die Waffe entreißen wollte. Der Fabrikbesitzer Briller, obwohl schwer verletzt, verlegte dem Angreifer mit einem schweren Eisenstab einen Schlag auf den Kopf. Der Täter, der einen Strich bei sich führte, an dem er sich nach Bedürfnis aufhängen wollte, wurde verhaftet.

Blauen, 24. Mai. Die dem Voigtl. Anz. aus Schwarzenbach a. d. S. gemeldet wird, ist in dem eingeleiteten Bauernhause des Leonhard Groß in Ronnenwalde bei Rebaun an der barockischen Grenze gegen ein Brand entstanden, bei dem die vier Kinder des Groß im Alter von 4 bis 14 Jahren den Tod fanden. Der Groß selbst erlitt schwere Brandwunden. Der Mann war geistes betrunken nach Hause gekommen, und es ist daher anzunehmen, daß er den Brand selbst verursacht hat. Die Frau Groß befindet sich gegenwärtig wegen Weineids im Zuchthaus.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Ein Soldat der 12. Kompagnie des 3. Jägerbataillons 133. Infanterie-Regiments wurde unter dem Verdacht der Beschlüßnahme des dortigen Garnisonarztes gebracht. Die Direktion des Kreisstrafgerichts in Jittau gibt bekannt, daß es sich bei dem vor einigen Tagen dortin eingeleiteten Vandalenverbrechen um Jittau tatsächlich um einen Fall von epidemischer Beschlüßnahme handelt. Bezugs war Mitglied einer Seilschaftstruppe und hat sich in der letzten Zeit an verschiedenen Orten des Königreichs Sachsen und Sachsen-Altenburg aufgehalten. — In Plauen i. V. hat sich der im 18. Lebensjahr lebende Vandalen-Friedrich in der Nacht zum Dienstag auf der Latzahn in der Nähe der Leuchtstation vom Zuge überfahren lassen. Die Maschine hatte dem jungen Mann den Schädel zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten sein muß. — Bei dem Auszuge der Kurdegenossenschaft, die der 24. Stiftungsfestfeier, ereignete sich in Oelsnitz i. V. ein schwerer Unglücksfall. Während der Festzug beobachtende Kinder wurden von einem Leinwand überfahren und verletzt. Der siebenjährige Sohn des Leinwandwebers wurde getötet. — Der vom Gewissensgericht Plauen i. V. wegen Raubmordes zum Tode verurteilte Guard Neumann hat, er erklärt, gegen das Urteil Revision einlegen zu wollen, er hat dieses Rechtsmittel aber nicht begründet, wodurch es hinsichtlich geworden ist. Der gleichfalls zum Tode verurteilte Hermann Neumann jun. hat gegen das Urteil nichts eingebracht. — Seit etwa einer Woche ist der in Tannenbergesthal wohnende Fabrikarbeiter Seidel spurlos verschwunden. Seidel, ein erst im letzten Herbst vom Militär entlassener Mann, war mit anderen in den Wald gegangen, um Holz zu holen. Er hat sich dort von seinen Begleitern entfernt und ist bis heute noch nicht aufgefunden worden, trotz mehrmaligen Suchens nach ihm. Der junge Mann war mit Krämpfen behaftet; man vermutet, daß er in solchem Zustande in ein dort befindliches Sechsstöckiges Holzhaus gestürzt ist. — Wegen Anbestimmung wurde die Dienstwohnung Seibers aus Hehlenstein-Ernstthal von Schwurgericht Jittau zu 2 1/2 Jahre Gefängnis verurteilt. — Im südlichen Böhmen ist die Temperatur in der Nacht zum Dienstag wieder so tief gefallen, daß es an höher gelegenen Orten schneit. Es müssen wieder die Zimmer geheizt werden.

Gerichts-Zeitung.

Geschworenengericht.

Schwere Verletzungen seiner Kantonsrichters enthält die Anklage gegen den bisherigen Direktor der Kinderheilerungsanstalt Marienhof Karl Gottlieb Mar. In der zum Teil geheimen Verhandlung hatte sich der allgemein sehr geachtete Angeklagte wegen Veruntreuung von Anstaltsgehältern und fälschlicher Verschönerung an einem der Anstalt überwiegenen Schuldenbuch zu verantworten. Anfangs war B. Anstaltslehrer. Nachdem er zum Direktor aufgerückt war, bezog er einen Jahresgehalt von 3000 M. Das soll nicht ausgereicht haben, da der Haushaltstat B. durch eigene, wie schwere Entlassungen seiner Frau Karl belastet worden ist. Von einem Kapital von 18000 M., das die Witwe B. besaß, floßen außerdem noch die Zinsen, doch soll auch diese nicht gereicht haben, das finanzielle Gleichgewicht herzustellen. Es soll B. dazu veranlaßt worden sein, von dem Gelde, das aus dem Verkauf von Holz, Holz um, und den mancherlei Arbeiten der internierten Kinder der Anstalt zufließt, Beträge zu unterschlagen. Insgesamt sollen diese veruntreuten Beträge 400 M. betragen. Durch Fälschungen der betreffenden Belege hat B. die Sache vertuscht. Die fälschlichen Unterstellungen datieren schon seit dem Jahre 1903. Infolge des umfassenden Gebühnens B. wurde die Verhandlung sehr verwickelt, doch war das zahlreich ersichene, wohl meist aus Bekannten des Angeklagten bestehende Publikum wenig damit zufrieden, daß der größte Teil der Verhandlung geheim geführt und selbst der Spruch der Geschworenen nicht öffentlich abgegeben wurde. Das Urteil lautet unter Annahme von Minderungsgründen auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5-jährigen Ehrenrechtsverlust.

Landgericht.

Sittlichkeitsdelikte. In zwei getrennten geheimen Verhandlungen wurde gegen den Maurer Karl Gustav Wörlich und den Schulmutter August Jurtig verhandelt. Beide haben sich an schuldigen Kindern vergangen. Bei dem Urteilen ist die Verletzung als besonders schwer erkannt worden, weshalb man ihn zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilte. J. kam mit 6 Monaten Gefängnis davon.

Der Wert der Vera-Diamanten. Vor dem Landgericht in Leipzig wurde ein Prozeß verhandelt, der weiteres Interesse hat. Es hatte sich der 28 Jahre alte Verkäufer Reich aus Barsthan, der im Vera-Diamantengeschäft tätig ist, wegen Betrugs zu verantworten.

Witte Dezember kaufte ein Herr S. im Laden des Geschäfts einen Vera-Diamanten zum Preise von 14 M. Er ging aber damit, weil ihm Bedenken über den Wert der Imitation kamen, zu einem Juwelier, der den Wert des Steines auf höchstens 1 M. schätzte. Später begab sich S. auf die Kriminalpolizei und teilte dieser die Angelegenheit mit. Bald erschien S. in Begleitung eines Kriminalbeamten im Laden der Vera-Diamanten-Firma und forderte, da er betrügen sei, den gezahlten Betrag zurück, den er nach einigen Stunden und der auch erhielt. Damit war die Forderung für den betreffenden Verkäufer der Vera-Diamanten aber noch nicht erledigt. Nach einiger Zeit erhielt er eine Anklage wegen Betrugs und das Schöffengericht verurteilte ihn am 12. März zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen, nachdem es durch ein Sachverständigen-Gutachten den Wert der Vera-Diamanten hatte feststellen lassen. Sowohl der Staatsanwalt als der Angeklagte legten gegen das Urteil Berufung ein. Auch das Berufungsgericht hatte Sachverständige zur Begutachtung des Wertes der Vera-Diamanten herbeigezogen. Auf dem Verdictische kamen zwei solche Steine von verschiedener Qualität. Der Vertreter der Firma behauptete in der Verhandlung, sie führe überhaupt nur die zwei Qualitäten und verkaufe die eine mit 3, die andere mit 10 M., während sie bis vor kurzer Zeit noch mit 6 und 14 M. verkauft wurden. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher die Inhaber des Geschäfts die Steine beziehen, antwortete der als Zeuge geladene Produzent aus Amerika, wo der Fabrikant dieser Steine, Herr Vera, viele Geschäfte besitzt. Weiter bemerkte der Vorsitzende, es müsse aber sehr auffallen, daß diese Vera-Diamanten plötzlich zur Hälfte des früheren Preises verkauft würden, was doch bei einer solchen Ware unter normalen Umständen nicht der Fall sei. Der Produzent entgegnete, er kenne den Wert eines solchen Steines nicht selbst; Herr Vera schickte die Diamanten für und fertig aus Amerika und schickte die Preise vor. Der Sachverständige Winter schätzte den Wert der Steine auf 20 bis 25 Pf. Höchstens können sie nicht aus Amerika, sondern aus Paris. Aus Hirschheim könne das Dupend für 2 M. bezogen werden. Beide Steine seien eine bekannte Komposition, eine alte Imitation, deren Zusammensetzung es schon früher gegeben habe. Der Sachverständige Wolf gab zwar ebenfalls an, daß die Steine eigentlich keinen Wert hätten, aber den Zweck der Täuschung gegenüber echten Diamanten erfüllen sie vollkommen, und die damit verwendete Arbeit müsse bezahlt werden. Der Staatsanwalt trat für Erhöhung der Strafe ein in Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Verbrechens des Angeklagten und den Schaden, dem das Publikum mit diesen Vertrieben ausgesetzt sei. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung, da das Publikum wisse, daß es nur Imitationen laufe und der Angeklagte wie die Firma die Käufer darüber nicht im Unklaren lasse. Das Gericht verwarf aber beide Berufungen, so daß es also bei dem schöffengerichtlichen Urteil bleibt.

Neues aus aller Welt.

Von einer Fliege gesticht wurde in Ober-Ebersdorf (Böhmen) die Frau eines Schneiders, der eine Fliege das beim Schnitzen benutzte Federmesser umriß. Beim Einatmen der Feder wurde sie von der Fliege plötzlich angefallen, wobei eines der Hörner der Frau durch Mund und Hals drang. Ihr Zustand ist sehr bedenklich.

Ein schwerer Automobillunfall hat sich in dem Städtchen Gubenberg bei Meißel zugetragen. Ein von Meißel kommendes, mit vier Kavallerie-Offizieren aus Arnsdorf besetztes Automobil fuhr beim Nehmen einer Kurve mitten in eine Hindernisbar hinein, die sich dort angesammelt hatte und in der engen Straße nicht rechtzeitig weichen konnte. Dabei wurde das 4 Jahre alte Töchterchen des Wächtermeisters Ruß überfahren und auf der Stelle getötet.

In Sturmgebiet. Ein schwerer Nordoststurm überfachte bei Rangeland im Großen Belt den von Kiel ausgehenden, mit Holz beladenen Dreimastdampfer Gungner. Das Schiff, dem die Holzketten rissen, wurde auf den Strand geschleudert und liegt seit. Es ist total verloren. Kapitän Rohlfen hat die Korffage gerettet, die Besatzung befindet sich an Bord.

Berlin, 23. Mai. Ein aufregender Vorname spielte sich heute mittig im Hause Lützowstraße 87 ab. Dort verlor die von Delirium befallene 31-jährige Verwalterin Rudolf Eichhorn ihre Frau und eine Kinder aus dem Fenster seiner vier Treppen hoch gelegenen Dienstwohnung herabzuwürgen. Nur mit Mühe gelang es, den Wahnsinnigen von der furchtbaren Tat abzuhalten und zu händigen.

Osterode, 23. Mai. Von einem Handwerkerburschen wurde gestern nachmittag das 19-jährige Dienstmädchen Ehrhardt in der Nähe von Schmiedersbühlchen ermordet. Es liegt ein Verbrechen vor.

Wien, 23. Mai. In dem Vorort Schönbühel ist ein im Bau begriffenes Haus eingestürzt, wobei mehrere Arbeiter und eine Frau getötet wurden.

Madrid, 23. Mai. Infolge einer Anklage des deutschen Konsuls hob die Madrider Polizei ein Schwindlernetz auf und verhaftete neun Personen, die den sogenannten Schwaigererschwindel nach Deutschland, Frankreich, England und Amerika betrieben und dafür ein regelrechtes Kontor eingerichtet hatten. Zahllose falsche Stempel, Kreditbriefe und Schecks wurden entdeckt.

Uberschwemmung in Italien. Während Nachrichten aus Verona und anderen Städten des Venetianischen die Abnahme der Uberschwemmung melden, haben Regengüsse in der Umgebung von Brescia neuerlich großen Schaden angerichtet. Bei San Carlo fanden Erbsensamen in Preise von 100 Metern statt, welche Weinberge, Felder und Quäler zerstörten; in Torrazzo stürzten vier Bauernhöfe ein.

Briefkasten.

S. R., Marienhofstraße. Ob die ganze Sache bei der Unschuldigkeit des Antrags die Schere weit ist und ob Sie recht bekommen, ist allerdings fraglich.

O. R., Bildberg. Unvers. Wissen ja.

J. S., Bodan. 1. Nein. 2. Ja. 3. In des Vaters Hinterlassenschaft, eventuell.

H. P., Langhansdorf. 1. Nein. 2. Ja. — Darüber bestehen keine speziellen Vorschriften.

H. M. Die Forderung ist verjährt, wenn Sie innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1903 ab nicht gerichtlich gemacht wurden.

W. G., Leinigerstraße. Die Statuten sind maßgebend. Gesetzlich liegt keinem Abzug nichts im Wege.

R. G. 1. Der Mann ist für die Verbindungen der Ehefrau haftbar. 2. Ja. 3. Nein. 4. Die Rechnung ist nicht zu hoch. 5. Nein.

Tredner Polizeibericht vom 24. Mai.

Im hiesigen Siedenhaus fand gestern ein 30 Jahre alter Invalid Aufnahme, der sich mit Uebel zu verhalten versucht hatte. Der Besorgende zu dem beschuldigten Selbstmord ist unbekannt.

Unterhalb des Ankers des Bades bei einigen Tagen ein sechsähriger Knabe beim Spielen an der Elbe in die Elbe und wurde vom Strom fortgetrieben. Der Arbeiter Oswald Müller von hier sprang sofort dem Kleinen nach und rettete ihn. Lediglich dem schnellen Eingreifen Müllers ist es zu danken, daß der Knabe mit dem Leben davonkam.

Tredner Theater.

Donnerstag den 25. Mai 1905.

Oberhaus. (Mittags.) Joseph in Ägypten. Oper in drei Akten von Thal. Musik von Reich. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. (Neuhaut.) Don Carlos. Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenztheater. Goliath des Schiller'schen Bauerntheaters. Jägerblut. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. Goliath des R. R. Theaters in Wien. Der Gattergatte. Coverte in drei Akten von P. Leon und L. Stein. Musik von Franz Lehar. Anfang 7 1/2 Uhr.

Achtung! Zigaretten-Branche! Achtung!

Die gestern irrtümlich für Sonnabend angekündigte Versammlung findet bestimmt **heute Mittwoch, abends halb 9 Uhr** im Saale des **Triavons** (Gingang Schützenplatz und Oststra-Allee) statt.

Freie Vereinigung tariffreuer Bäckermeister von Dresden und Umgegend.

Unterzeichnete Bäckermeister, welche die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, empfehlen sich dem geehrten Publikum zur gefl. Berücksichtigung:

Dresden - Altstadt.
Franz Schütze, Singendorferstr. 28.
Karl Fleischer, Fischhofplatz 17.
Alexander Beck, Freiburgerplatz 6.
Bruno Mietzsch, Bühlenerstr. 9.
Max Gühne, Flemmingstr. 16.
Oskar Scheinpflug, Roßstr. 92.
Ernst Kahre, Gabelbergerstr. 16.
Artur Rudeck, Friedrichstr. 9.

Dresden - Neustadt.
Oswald Kirchhof, Heigolandstr. 12.
Paul Herrnsdorf, Döbnerstr. 13.
Gustav Engemann, Klauenstr. 53.
Alfred Gäbler, Klauenstr. 68.
Oswald Hördler, Lortzauerstr. 16.
Bruno Barth, Königsbrüderstr. 74.

Mickten.
Gustav Kegel, Bügnerstr. 18.
Max Krönert, Trautzauerstr. 9.

Cotta.
Herm. Morgenstern, Thonbergstr. 15.
Emil Gnauck, Föhrstr. 9.
Friedrich Fischer, Deutenwerferstr. 19.
Bernhard Hessel, Oderwerferstr. 35.

Hans Wannack, Klopffochstr. 43.
E. Schreiber, Klopffochstr. 29.
E. Köckritz, Kronprinzenstr. 6.

Striesen.
Oswald Reitmeyer, Titmannstr. 28.
Robert Kaiser, Tischmeyerstr. 38.

Löbtau - Nausslitz.
Hermann Kosche, Kesselförderstr. 48.
Hermann Petzold, Kesselförderstr. 33.
Emil Schöne, Kesselförderstr. 45.
Oskar Schöne, Ohlaustr. 45.
Ernst Protze, Freiburgerstr. 182.
Otto Kunze, Tharandterstr. 34.
Eduard Chemnitz, Poststr. 14.
Albert Neupert, Wallwitzstr. 19.
Wilhelm Häber, Bünaufstr. 50.
Kurt Schreyer, Reichenwerferstr. 79.
Gustav Müller, Brundbergstr. 11.
Richard Trunte, Fieglstr. 1.
Bernhard Ehrlich, Kesselförderstr. 38.

Potschappel.
Robert Eichner, Cokhägerstr. 38.
Gustav Janusch, Bismarckplatz 4.
Franz Böhm, Tharandterstr. 38.

Deuben.
Bruno Böhmert, Bahnhofstr. 2.
Joseph Schmidt, Dreiselstr. 1.
Traugott Petriok, Treßnerstr. 27.
Artur Zeun, Poientalstr. 14.
Paul Wiegand, Südstr. 2.

Gittersee - Birkigt.
Paul Albrecht, Posthappelerstr. 52.
Alfred Nollau.
Alwin Uhlmann.
Ernst Bär.
E. Adam, Bergstr. 1.
Krause, veredel. Birkigt.

Einzelne Orte.
Peter Mator, Gainsberg, Neusestr. 6.
Wilh. Pörschmann, Niederbätsch.
Julius Fehrmann.
Paul Mickan, Neu-Dölschen.
Paul Neumann, Großburg.
Louis Martin.
Wilhelm Fischer.
Paul Grafe, Döblitz.
Max Rühle.
Friedr. Zschunke, Kleinwandorf.
Gustav Winkler.
Alwin Heber.



Volks-Sing-Akademie.

Die aktiven und passiven Mitglieder werden hierdurch ersucht, zu der **Ausserordentl. General-Versammlung** Freitag den 26. Mai 1905 abends 9 Uhr im grossen Saale des Volkshauses zu erscheinen.
Tagesordnung: Vorstandswahl.
 Zutritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Soziald. Verein für den 6. Wahlkreis. Gruppe Leutewitz

Sonnabend den 27. Mai, abends 9 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant zur Leutenwerfer Höhe.
Tages-Ordnung:
 1. Der russische Zusammenbruch. Referent: Gen. Redakteur Hans Block.
 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung.
 3. Bericht der Gemeindevorsteher.

Zu jedem Punkt Debatte.
 Zahlreiches Erscheinen wünscht die Gruppenverwaltung.

Schmiede und Mitarbeiter Zwei öffentliche Versammlungen

Sonnabend den 27. Mai 1905, abends 9 Uhr, in der Deutschen **Eiche**, Striesen, Guttentstr. 1.
 1. Der Wert der Presse. Referent: Redakteur Fleißig.
 2. Gewerkschaftliches. Debatte.
 Mittwoch den 31. Mai 1905, abends 9 Uhr, im Restaurant **Mickel**, Dresden-Neustadt, Schönbrunnstr. 1.
 1. Welthandel und Weltverkehr. Referent: H. Erdmann.
 2. Gewerkschaftliches. Debatte.
 Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.
 Donnerstag den 1. Juni Karnevalspartie ab Brückentor früh 6 Uhr.

Vergleichen Sie Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe

alle Angebote in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei **H. Sauer Nachf.** Dresden-N., Gaudstr. 13. Genau auf Nummer achten!

Gut gearbeitete Bettwäsche

Ernst Venus Dresden-A. Kunenstr. 24.
 sowie alle Stoffe für Wäsche und Haushaltung. Gross Auswahl. Billigste Preise.

Abreise halber!

Abonnement Baubegleit-Kilometer, abwärts ab, 10 Monate 45 M. Säulenofen, neu, Stahl, Tadelnplatt, hobeltes, 45 M., zu vert. Titmannstr. 47, 1. r., 2. Tür.

Verantwortl. Redakteur: Hermann Fleißig, Dresden-Neustadt und Verlag: Raden & Komp., Dresden, Georgstr. 2, 1. Stock.

Suchen Sie

ein Establishment, wo Ihnen für wenig Geld alle Spezial-Gerichte der Saison serviert werden, so besuchen Sie, bitte, den

am **Rauchhaus** Webergasse - Scheffelstrasse mit Ihrem Besuch. Täglich frischen **Stangenspargel** in verschiedenen Zubereitungen.

Alle Erfrischungsgetränke:
 1 Glas Softdrink 10 Pf.
 1/2 Fl. Maitrank M. 1.25
 1/2 Glas dtto. 25 Pf.

Alter Gasthof Mägeln

Freitag den 26. Mai 1905 **Humoristisches Konzert der Germania-Sänger** mit total neuem Programm! Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Nach dem Konzert: **BALL.** Vorstadt Plauen! **Restaur. R. Helass** Hofmühlentstr. 51 Treffpunkt aller Genossen.

Wasser-Wagen (Eichenholz) genau justiert 60 70 80 cm 1.40 1.50 1.60 Mark. **Artur Donath** Marienstr. 10.

Durch die Welt marschieren

wird erst zum Genusse, wenn man **Klepperbeins** Militär-Fusschweisswasser

regelmässig benützt, es ist besser als Talg und Salben, da es die Fusshaut nicht weich, sondern fest und widerstandsfähig macht. Man reibe jeden Morgen die Füsse damit ein, und bald wird der Fusschweiss verschwinden und den Fussgänger leistungsfähig machen. Für jeden Wanderer, nicht nur für Schweissfüssleidende, ist **Klepperbeins** Militär-Fusschweisswasser eine Wohltat und wird ihm unentbehrlich. Zu haben in Flaschen, à 60 Pfennige, bei **C. G. Klepperbein** Dresden-Altstadt Frauenstr. 9. Gegr. 1707.

Farben Lacke u. Pinsel

gut und vorteilhaft bei **Ernst Dressler** Progerie zum Schwan Nr. 107 Leipzigerstr. Nr. 107 **Für Knaben!** Restol in Knägen und Hosen wegen klein. unbed. anderer Gehier zum halben Werte. Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

Herren- u. Damenkleider verkauft sehr billig

Karl Büttner Potschappel, Markt 3 empfehle ich reich assortiertes **Sigaren- u. Zigarettenlager.**

Apfelküte-Banken	30 Pf.
Frischkuchen-Banken	40
Gänsekuchen-Banken	125
Lebkuchen-Banken	50
Johanniskuchen-Banken	100
Kaiserkuchen-Banken	50
Milchkuchen-Banken	75
Margueriten-Banken	15
Mohnkuchen-Banken	40
Rosen-Banken	60
Prinzel-Banken	25
Bergkuchen-Banken	40
Wein-Banken	90
HESSE, S. A. B. 112	

Man verlange ausdrücklich **Kuke's Backmehl** mit Gewürz. **Überall zu haben.**

Herren- u. Damenkleider verkauft sehr billig

Ernst Venus Dresden-A. Kunenstr. 24.

Karl Büttner

Potschappel, Markt 3 empfehle ich reich assortiertes **Sigaren- u. Zigarettenlager.**

Musselin-Reste

Procto. Muster, verwendet Blumen und Rindfleisch, von 1 M. an.

Washstoff-Reste

Weiss und farbig, überbillig, Fabrikanten-Marschallstr.

Max Groll Restaurant

18 Feldherrenstr. Neu! **Herrlicher Lindengarten** zum Besuch bestens empfohlen.

Konzertina

Noten in großer Auswahl nur Ziegelfstr. 13. **Frießel.**

Erfinder

Patente Schutzmarken etc. **HÜLSMANN DRESDEN-A.**

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 118.

Dresden, Mittwoch den 24. Mai 1905.

16. Jahrgang.

Der 5. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Rhein a. Rh., 22. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung wird die
Debatte über den Vorstandsbericht
von Parteitag fortgesetzt.

Sabath-Berlin begrüßt den Antrag des Schneiderverbandes. Ein Verband habe schon von jeher alle in der Konfektion tätigen Personen organisiert, auch die Wäscherinnen. Einmaliges sei dem Zentralverband der Berliner Wäscherinnen eingefallen, sich als Zentralverband zu konstituieren. Offenbar werde der Gewerkschaftsleiter den Fehler des Gewerkschaftsleiters wieder gut machen.

Deinhardt (Danzig) glaubt, daß der für Rheinland geforderte Beitritt seinen Sitz in Berlin haben sollte, um von dort aus durch Truchtschreiben, vielleicht Beilagen in den Parteizeitungen im Rheinland, über die mit den schmutzigen Mänteln arbeitende Arbeiterklasse in Wäscherei- und Putzereien zu verbreiten. Schmarz (Danzig) meint: Wenn schon das Geld für einen Übersetzer ausgegeben wird, so soll er sich auch an Ost und Stelle im Rheinland informieren. Im räumlichen Osten ist die Vorklage mit dem Geld der Generalkommission zu lösen, alle anderen Mittel seien verfallen. — Wenn man die Statistiken der Bewegung unterziehen, um und den Weg zur Anerkennung durch sie offen zu lassen. Wäre das wirklich der Grund, so könnten wir uns besser unterwerfen, als die Anerkennung zu verlangen. Aber gleichwohl, jedenfalls müssen wir die Anerkennung zeigen, daß wir ihr bedürftig sind, auch wenn sie uns als Fremde in den Weg legt. (Sehr gut.)

Sabath-Berlin (Wäscherin) tritt für die Anstellung des General-

leiters ein. Deutscher (Gladarbeiter) protestiert gegen das Benehmen des Generals, der Sekretär der Generalkommission, auf dem Verbandstag der Gladarbeiter. Der habe zur Anstellung von Gladarbeitern gedrängt und in der Anstalt der höchsten Stelle für sich, wurde der Antrag angenommen. (Große Heiterkeit und Aufregung.)

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften.

Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Solingen sind nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Fräulein Grünberg-Berlin (Schneider) kritisiert die Schädigung der Arbeiterbewegung durch die Depe zwischen den Schneidern und den Wäscherinnen, die in den Schneiderverband gehörten. Weder in irrt sich dann über die Schwierigkeiten der Frauenorganisation und schreibt den größten Teil der Schuld der rückwärtigen Entwicklung der Wäscherinnen zu.

Die Frauenagitation. Frau Tich-Berlin (als Gast mit beratender Stimme, Vertreterin des gewerkschaftlichen Frauenagitationskomitees) macht dem Metallarbeiterverband Vorwürfe, daß trotz der fast ausschließlichen Zahl der weiblichen Mitglieder keine weiblichen Beamtinnen angestellt worden seien. Hednerin beantwortet ihre Resolution.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Parteigenossen! Pardon, Geschlossenheit! Ich muß die Resolution bekämpfen. Sie bezieht sich auf Dinge, die den Kongress gar nicht angehen, weil jeder Beruf die Agitation auf seine Art treiben muß. Ueber dem eiternden Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich seit Stuttgart in unserer Berliner Filiale die Zahl der weiblichen Mitglieder von 300 auf 3500 erhöht. Aber die Zeit ist bei mir vorüber, wo ich die Frauen für die besten Agitatoren der Frauen hielt. (Hört! hört!) Die Hauptfrage ist, daß der Agitator etwas vom Beruf versteht. Ich glaube auch, daß der Agitator öffentliche Versammlungen, den die Resolution fordert, nur hinausgeworfenes Geld bedeuten dürfte. In den nächsten Jahren, zu den Verkaufsfahrten kommen die Frauen, wenn etwa der Lohn ihnen gefügt worden ist. Aber freilich, das ist nach außen hin nicht bemerkbar, daß glanz nicht. (Sehr gut!) Man wird mich für unbescheiden halten. (Heiterkeit.) Man hat mich auch schon als Weiberkind bezeichnet. (Heiterkeit.) Aber ich verführe Sie, doch ich das nicht bin. (Große Heiterkeit.) Eher ist bei mir das Gegenteil der Fall. (Stürmische Heiterkeit.) Für ganz unannehmbar halte ich die Vorstellung, daß die weiblichen Mitglieder ebenfalls Beitrag zahlen sollen wie die männlichen. Ich halte es auch nicht für gut (Glocke des Vorsitzenden) ... daß der Vorsitzende mich plötzlich ablingelt. (Große Heiterkeit.)

Vorsitzender Bismarck: Cohen hat u. a. behauptet, die Stuttgarter Resolution (die Anstellung weiblicher Gewerkschaftsbeamten) sei nur aus Kostlichkeit angenommen worden. Das ist nicht richtig; sie ist aus Überzeugung angenommen worden. Wir in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nehmen wirklich keine allgütige Rücksicht auf die Frauen. (Lebhafte Zustimmung.)

Fräulein Bader (Zentralvorstandsmitglied, als Gast) polemisiert gegen Cohen, stimmt ihm aber auch teilweise zu. Die weiblichen tätigen Frauen führen alle Arbeiterinnen, die sie erreichen können, der gewerkschaftlichen Organisation zu. Wöchten umgekehrt auch die Gewerkschaftler sich der politischen Agitation annehmen.

Wöchter-Berlin (Wäscherin) polemisiert, von den Schneidern häufig und heftig unterbrochen, gegen Sabath. Die Mitgliederzahl ihres Verbandes habe sich innerhalb der 10 Monate seines Bestehens mehr als verdoppelt. Der Schneiderverband habe alle Einigungs- und Verhandlungsversuche abgewiesen. Nachdem er sich jahrelang nicht um die Wäscherinnen gekümmert habe, hätte er jetzt überall die Agitation des neuen Verbandes. Man solle nicht auszuweichen vorfahren, was der Wäscherinnenverband mühevoll genug aufgebracht habe. Selbst von seiner Vermischung würden die Schneider keinen Nutzen haben.

Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter): Ich bin im allgemeinen sehr erfreut und befriedigt über die Tätigkeit der Generalkommission; nur würde ich wünschen, daß sie, jetzt verfehlt, auch die Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen (für Frauenagitation, für Befreiung des Kaffee- und Landwirts) auf sich übernimmt. Durch die Einführung von Provinzial-General-Arbeiterkongressen (große Heiterkeit) wird die Gewerkschaftsorganisation in kompliziert. Ich muß den Antrag auf Verabschiedung vor.

Braunschweig gegen die Christlich-Deutschen und Christlichen entschieden bekämpfen. Durch eine solche Jüdischenammlung wird die prinzipielle Agitation gegen die jüdischen Berühmte nur verfehlt. Wir sollten uns ernstlich bemühen, den Gegnern gerecht zu werden — und ihnen auch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir brauchen nicht, gleich unseren Gegnern, mit einem einzigen, oft aus dem Zusammenhang gerissenen Worte jahrelang haufenlos zu gehen. Lassen wir uns nicht auf das Niveau unserer Gegner herablassen.

Simon-Köln (Schuhmacher) verteidigt den Antrag auf Verabschiedung dieser Beschlüsse. Die Agitatoren hätten oft nicht einmal Zeit, ihre Paragrafen zu lesen. Sollten sie sich da noch genügend Material über die Gegner verschaffen können? Ein Schlussantrag findet Annahme.

In seinem Schlußwort polemisiert Legien gegen Cohen. Der Stuttgarter Kongress habe nur seine völlige Selbstständigkeit der Frauenbewegung gewollt. Auf der anderen Seite sollte auch heute nur ein Rat gegeben werden, und

unzulässig ist der Rat nicht, die Beiträge der Frauen zu erhöhen. Im Jahre 1899 habe die Generalkommission eine Frauenorganisation durch öffentliche Versammlungen eingeleitet mit gutem Erfolg. Dagegen habe der Metallarbeiterverband trotz des großen Anwachses des Verbandes im allgemeinen im Vorjahre über 2000 weibliche Mitglieder verloren. Die Frau sei eben einmal die beste Agitatorin für die Frau. Und bei der großen Bedeutung der Frauenarbeit, die immer weiter um sich greife, könne man nicht sorgfältig genug darauf achten, daß in der Organisation der Frauen nichts verabsäumt werde.

Der Redner wendet sich dann gegen den „Prosjährungsantrag“. Wenn die Christlichen und Christlich-Deutschen solche Beschlüsse gegen und herausgeben, so helfen sie sich auf den Boden der Jüdischen Vorlage schaffen neuen Material für die daran. Im letzten Jahresbericht, der Christlichen Zentrale handelten wieder fünfmal nur von dem „Terrorismus“ der Gewerkschaften. (Zurufe: Augen!) Aber so viel dürfen uns die Christlichen nicht wert sein, daß wir um Herstellen unser Prinzip aufgeben, indem wir Material gegen sie zu schaffen läßt, in Wahrheit Material gegen die Arbeiterbewegung selbst schaffen. Bei den Christlichen und Christlich-Deutschen ist die Verleumdung nicht eine Jugendphantasie, wie Deinhardt meinte, sondern ein konstitutioneller, unheilbarer Fehler. (Hört! hört!) Man überzeuge der christlichen Arbeiterbewegung viel zu große Bedeutung beimessen. Sie konzentrierte ihre ganze Kraft hier in dem einen Bereiche. Konzentrierte die freien Gewerkschaften in ihre Sache, so würde es in dem Bereich auch nicht einen Anderen geben mehr geben. Wir sind überzeugt, schließt Legien, von dem, was wir wollen, und haben und noch nie gefährdet. Aber die christlichen Organisationen rechnen uns sicher nicht über den Haufen. Sie werden reden und fast Redensache sein. (Lebhafte Heiterkeit.)

Nach persönlichen Bemerkungen von Umbreit (gegen Deutscher), Sabath (gegen Wöchter), Cohen (gegen Fräulein Bader) werden in der Abstimmung die

Anträge auf den Bau von Gewerkschaftshäusern der Generalkommission übergeben. (Zurufe: Bismarck: Jetzt ist es ihre Sache, was sie damit macht! — Heiterkeit.) Die Anträge auf Anstellung von Arbeitersekretären werden der nächsten Zusammenkunft der Gewerkschaftsvereine übergeben, die Anträge auf bessere Ausstattung (im schwebigen Ergebnisse, unter den Italienern) werden für erledigt erklärt durch die konstante Tätigkeit der Generalkommission. Der Antrag auf Herausgabe von Prosjährungen gegen die Christlichen usw. wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Resolution der Schneider, nachdem der Antrag auf momentliche Abstimmung 20 statt der erforderlichen 30 Stimmen Unterstützung gefunden hat. (Große Heiterkeit.) Aus der Frauenresolution werden mit großer Mehrheit die Klousen über den „gleichen Beitrag“ und die „öffentlichen Agitationsversammlungen“ gestrichen; im übrigen wird die Resolution wie der Antrag der Arbeiter über die Organisation der Frauen durch ihre Männer und Vater angenommen.

Zum nächsten Teile des Vorstandsberichts: Streikunterstützung und Streikreglementierung liegen zahlreiche Anträge vor. Die einen wollen, daß die Generalkommission dem nächsten Kongress das Statut einer gemeinsamen Unterstützungsstelle für außerordentlich große Streiks vorlege, die anderen legen schon jetzt ein solches Statut vor, und die dritten fordern mindestens, daß bei den öffentlichen Sammlungen für Streikende allein die Generalkommission das Recht der Kontrolle und der Verwendung der Ueberkäufe hat.

Trunzel-Berlin (Löhner): 1903 kam unser Verband durch die großen Streiks zu Berlin und Dresden an den Rand des Zerbrechens. Er ging aus dem Streik mit einem Berge von Schulden, der Beibehaltung aus keinem mit einem Berge von Gold hervor. Das jetzige System ist längst unhaltbar.

Hübich-Berlin (Textilarbeiter): Wir haben bei dem jetzigen Sammelstellenplan unsern Vorteil gefunden, aber verworfen es doch. Wir haben uns nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit wieder gegeben, das Geld, das übrig blieb, anderen Streikenden zu spenden zu lassen. Die Textilarbeiter sind ja arm und können nicht viel für andere sammeln; aber wenn der Kongress erklärt, daß es nicht so weiter gehen, wie bisher, so haben wir einen günstigen Standpunkt gegen unsere Mitglieder in der Frage der Beitragsberichtigung.

Sabath-Berlin (Bergarbeiter): Die jetzigen Zustände haben zu einer Katastrophe geführt, die nicht noch drei Jahre länger dauern darf. Deshalb muß schon dieser Kongress die Entscheidung treffen. — Wenn den Textilarbeitern ein Vorwort daraus gemacht wird, daß sie beim Grundsatz der Einheitlichkeit die Ueberkäufe für sich behalten haben, so ist die Bergarbeiterstelle die Gewerkschaftsstelle der gleiche Boden. Noch jetzt haben sie den Ueberkauf der Sammlungen nicht an uns abgeliefert. Erstens haben sogar noch direkt Unterstützungen an die Ausgeworfenen geschah, so daß einer 32 W. Unterstützung bekam. Wir wollen keinen Ueberkauf machen; was wir übrig behalten, liefern wir an die Generalkommission zurück. (Zurufe)

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Die Gewerkschaften erheben sich von selbst mit der Entwicklung der Technik und der Dynamik. Wir aber können eine Regel nicht machen. — Die Anträge auf Gewerkschaftsbauten in Ober- und Mitteldeutschland sind glücklicherweise in Berlin nicht angekommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Gewerkschaften in Solingen nicht nur auf die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind, sondern auch die Frage der Lokalisation in Solingen zu eifersüchtig sind.

Legien (als Vertreter der Generalkommission) beklagt den Fall Deutscher als deplaciert. Wahrscheinlich würden die Gladarbeiter aber noch für seine Einmischung danken. (Zurufe: Aus dem Reich der Verbotszone!) — Die mehrfach erwähnte Konferenz der Berliner Wäscherinnen hat sich ja nicht abgesprochen. Die einschlägige Entscheidung wird auch der Kongress der Generalkommission nicht nehmen können.

Die Anerkennung der Gewerkschaften. Schmarz hat meine Ausführungen falsch verstanden: Ich habe nur ausgesprochen, daß es ein auf der Dauer unheilbarer Zustand ist, wenn die Regierung auf der einen Seite die Hilfe der Organisationen in Anspruch nimmt und ihnen auf der anderen Seite jede rechtliche Anerkennung verweigert. Ich habe einmal öffentlich gesagt, daß wir Gewerkschaftsbeamten tatsächlich große Opfer für diese arbeitslosen Arbeiter der Regierung bringen. Diese werden noch größer werden, wenn die Streikstatistik erst mit Hilfe der Gewerkschaften hergestellt wird. Jetzt ist die Streikstatistik für die Reg. in der Ausführung schon alljährlich 3000 Streiks. Wenn der kriminelle Charakter der Streikstatistik beseitigt wird, so wird man wohl auch auf unsere Hilfe rechnen können. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß die Zeit hierfür sehr nahe ist. Allerdings meine ich nicht den in wahrscheinlich gegen die Gewerkschaften gerichteten Gegenstand der Rechtmäßigkeit der Berufsvereine. — In der Frage der Anerkennung der Wäscherorganisation ist der Gewerkschaftsleiter sehr zurückhaltend. Im übrigen dürfte sich der Wäscherverband früher oder später doch dem Schneiderverband anschließen, hatte er sich früher schon dem Schneiderverband angeschlossen und von dessen Verband eine Abwechslung erhalten. (Sabath: Er hat es längst bereit.) Das hilft mir nichts.

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Naturwissenschaftliches.

Über die Frage: Was ist die Sonne und was ist die Erde? Die Sonne ist ein riesiger Feuerball, der aus Wasserstoff und Helium besteht. Die Erde ist ein kleinerer Körper, der aus Gestein und Wasser besteht. Die Sonne ist die Quelle der Wärme und des Lichts, die die Erde erhält. Die Erde ist die Heimat der Menschen und der Tiere. Die Sonne ist ein riesiger Feuerball, der aus Wasserstoff und Helium besteht. Die Erde ist ein kleinerer Körper, der aus Gestein und Wasser besteht. Die Sonne ist die Quelle der Wärme und des Lichts, die die Erde erhält. Die Erde ist die Heimat der Menschen und der Tiere. Die Sonne ist ein riesiger Feuerball, der aus Wasserstoff und Helium besteht. Die Erde ist ein kleinerer Körper, der aus Gestein und Wasser besteht. Die Sonne ist die Quelle der Wärme und des Lichts, die die Erde erhält. Die Erde ist die Heimat der Menschen und der Tiere.

Die Sonne ist ein riesiger Feuerball, der aus Wasserstoff und Helium besteht. Die Erde ist ein kleinerer Körper, der aus Gestein und Wasser besteht. Die Sonne ist die Quelle der Wärme und des Lichts, die die Erde erhält. Die Erde ist die Heimat der Menschen und der Tiere. Die Sonne ist ein riesiger Feuerball, der aus Wasserstoff und Hel

Nach Beilegung von Begrüßungsdelegierten aus Kaiserlautern, Straßburg, Pilsener, Hamburg und von dem ungarischen Gewerkschaftsrat wird die Weiterberatung auf Dienstag verlegt.

Bonn, den 23. Mai 1903.

17. zweiter Verhandlungstag.

Nach 8 Uhr eröffnet Bismarck die Sitzung. Zunächst erhebt die

Randprüfungs-Kommission

Bericht. Raffini (Berlin) (Buchdrucker) liest als Bericht über alle Mandate für gültig zu erklären und der Kommission für ihre ganz besonders mühsame Arbeit ganz besonderen Dank abzusprechen. (Große Zustimmung.)

Die 250 eingereichten Mandate werden für gültig erklärt. Der Kongress legt die Erledigung seiner Tagesordnung fest. Er befindet sich beim Punkte

Streikverbot und Streikuntertötung

Insamt des Vorkammissarischen. Drei Gruppen von Anträgen stehen mit zur Debatte: Die einen wollen die bisherigen Bestimmungen für große Gewerkschaftskämpfe durch ein festes Verbotssystem ersetzen, für das die Arbeiter vorkommen. Die zweite Gruppe von Anträgen will die Ausarbeitung dieses Statuts erst nach den Vorschlägen der General-Kommission auf dem nächsten Kongress vornehmen. Die dritte Gruppe beschließt sich darauf, anzuordnen, das Uebereinstimmungs-Gesetz auf die Gewerkschaftskampfkommision zu verlegen und zum Grundtext eines außerordentlichen Kampfsatzes werden sollen. In der fortgesetzten Diskussion führt

Schwarz (Danzig) (Nasser) aus, daß man schon Anfang der neunziger Jahre in einem großen Interesse alle Streikuntertötungen habe drauen wollen. Aber jeder Referent wurde nur für die kleineren Gewerkschaften ausreichten; bei den wirklich großen Streikuntertötungen es sich nicht vermeiden lassen, die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen.

Schöner (Karlruhe) (Blaser) hält für das Wichtigste die Erziehung der Mitglieder jedes Berufes zur Eiferwilligkeit. Im übrigen genüge es, daß nur die General-Kommission, nicht die einzelnen Gewerkschaftsvereine oder Verbände, handeln dürfe.

Hüttmann (Frankfurt a. M.) (Nasser) fürchtet, daß die Resolution, Kampfe auf Kosten der Allgemeinheit zu führen, die Gewerkschaften verführe, von eigenen Erfolgen abzusehen. Kampfe, wie der Grimmischauer und der Bergarbeiterstreik müßten für die Zukunft vermieden werden. (Zustimmung.)

Schmidt (Hamburg) (Banarbeiter) zeigt an den Zahlen seines Verbandes, wie trotz ständiger Bemühung es einer Organisation unmöglich werden kann, die wirtschaftlich notwendigen Kampfe stets aus eigenen Mitteln zu führen. Die Gewerkschaft-Kommission habe ihnen auf ihre Bitten 10000 M. — fast 20000 M. — und ein anderthalb 5000 M. — fast 10000 M. — geliehen, sie das dritte Mal aber aus Mangel an Mitteln abgelehnt. Dieser Zustand des Geldmangels kommt daher, daß 84000 M. ausgetriebene Gelder noch nicht zurückgezahlt seien. Aber auch kein Verband werde die General-Kommission zum Dank für ihr lebenswichtiges Entgegenkommen ordentlich wahren lassen. (Große Zustimmung.)

Borholzer (Stuttgart) (Metallarbeiter): Alle eingereichten Anträge sind klar und unmissbar. Wir können uns nicht festlegen auf die Sanctionierung der Gleichgültigkeit gegen die Schwäche des eigenen Verbandes. Immerhin können überraschende Kampfe Unterstreichungen notwendig machen. Da ist z. B. beim Bergarbeiterstreik die hierher offen zuständige General-Kommission viel zu spät gekommen. Aus der anderen Seite hat sie nicht, wie es richtig wäre, bei solch einem unterliegenden Streik ein Beitimmungsrecht über die Taktik für sich in Anspruch genommen. In jüngster Jahren wird man nicht auf Wochen hinaus, noch in den letzten Wochen des Bergarbeiterstreiks durch Neutralitäts-Verträge gerade an dieser schwarzen Erde geblüht worden ist. (Unruhe.) Wie haben diese sechs Wochen den Schwanz den Rücken gelieft! Aber wir müssen innerhalb unserer Organisation die Macht der General-Kommission nicht alljährig werden lassen. Die Anweisung von Geld bei ihr muß unbedingt vermieden werden: Die Ueberweisung sollten sofort an die Zentralverbände zurückgegeben werden, und deren Vorhänge stellen ein Rückwärtsrecht über die Verwendung der gesammelten Summen bekommen, damit nicht durch die Mittel der Allgemeinheit einzelnen Gewerkschaften die Kosten gestellt werden. (Beifall und Widerspruch.)

Geisler (Dresden) (Holzarbeiter) macht auf den Widerspruch aufmerksam, daß öffentliche Sammlungen die Chancen der Gewerkschaftskämpfe vermindern. Denn mit dem Herausgehen an die Öffentlichkeit werde ein solcher Kampf zur Nachfrage gestempelt; in dieser aber werde den Unternehmern der Mut gestärkt, weil die öffentlichen Sammlungen ihnen zeigen, daß die Organisation nicht mehr genügende Mittel hat.

Rischniid (Berlin) (Metallarbeiter) hält gegen das zentral-organisierte Unternehmertum denn doch größere Widerstandsfonds für nötig, als die einzelnen Gewerkschaften aufbringen könnten.

Reichel (Stuttgart) (Metallarbeiter): Alle Anträge auf einen Generalstreikfonds würden nur das Vorwärtsstreben der einzelnen Organisationen hindern. Sein Verband lehne derartige Anträge durchgängig ab. (Beifall.)

Schumann (Berlin) (Transporthandarbeiter): Die Ausperrung ist ein rechtliches Kampfmittel des Unternehmertums, das uns noch viel Mühe machen wird und gegen das wir heiligen Rutes bereitstellen sollen. Freilich gleichmäßige Beiträge für alle Gewerkschaften sind bei der Vertheilung, die in den verschiedenen Gewerkschaften in den Anforderungen für Streiks bestehen, unmöglich.

Piano-Läden, und keine Hölle, die leise gelauene Korymbus, ist ohne Klang, aber er hat ein reiches, in der Mittelage und besonders dann, wenn er mit normaler Umgebung singen kann, klängevolles Organ. Freilich in rhythmischen Tönen; das eigenmächtige Auser-Loh-Eingehen und er sich mit der Zeit abgewöhnen können, dialektisches Aushören, wie z. B. belagerte Luft hat belagende, vielleicht auch. Eine Jugkraft für unsere Bühne wird er wohl kaum werden, aber ein Mitglied, das einige Rollen günstig liegen werden. Der andere Galt, Fräulein Serbe, muß auch sehr vorsichtig mit den stimmlichen Mitteln umgehen. Diese sind nicht alljährig. Hingen aber häufig und reichen für das kurze Hand. Auch bringt Serbe die Fähigkeit, ohne allzuviel Herumsprechen in der Luft mit den Armen, leiglich durch den Ausdruck der Stimme, ihre Darstellun einwandvoll zu gestalten. Diese Darstellung leidet zwar auf das deutsche Gretchen zugunsten, nicht auf die französische Margarete. Da läßt immer ein Widerspruch zwischen Gestaltun und Musik, zumal in dem letzten Schlußacten. Ich denke manchmal, es nicht doch, bei aller Anhänglichkeit an das Oberbeide Gretchen, es nicht besser wäre, bei der Verkörperung der Gounod'schen Margarete das deutsche Original gar nicht zu beachten, sondern sich bei der Oper mit an die Opernfiguren zu halten.

Ein Epilog zur Schillerfeier, der recht weithin gehört werden sollte, liegt in den neuesten Nummer der Antiquitäten-Sammlungen (Berlin, Verlag Göttinger). Dort schreibt Dr. Gustav Adolf Müller: Schiller-Kämpfe? Man hört jetzt das Wort nicht selten! Und leider ist es ganz gerecht. Was der deutsche Philister angreift, und was er die höchste Poesie, ist allemal „verdorben“. ... Sie haben zu Ehren Schillers bandwurmlange Feuilletons geschrieben, patriotisch geteilt, haben begeistert geglaubt und sich — alles natürlich zu Schillers Ehren! — überaus geputzt, auch — beifällig, aber Schiller wirklich gefeiert, mit stultischem Bewußtsein gefeiert, haben nur die Stellen, die Einhalten, die verkommen, „mit-gutem“ und sich in „Schwänzen“ eingebunden, wie es die spezifische Taktik der „edwären Reime“ ist! Wir hatten gehofft, es wäre bei der Schillerfeier etwas „Großartiges“ und Eines heraus. Statt dessen konstatieren wir heute: die nationale Begeisterung für Schiller anno 1903 war vielfach Phrasen- und Schwundel, ferner der deutsche Philister aller Sorten und Rangstufen in Rage kommt.

Und die gelehrte Welt? Die Richterbündeligen? Die Aufseher? Die Kritiker? Die Philologen? Was tun die? Es sei warm anerkannt: gerade diese Parteien geistigen Deutschlands haben am wenigsten derlegt. Gottlob nicht! Wir haben geschmackvolle Schiller-

Brücker (Berlin) (Brauerei): Auch wenn die Gewerkschaften Gelder an die General-Kommission zahlen, wird der arme Gewerkschafts-Geld nicht entfallen. Auch wenn die hier vertretenen 63 Zentral-vereine sich zu 17 großen Industrieverbänden zusammenschließen, organisieren sich zu Hilfe der Allgemeinheit noch Ansuchen machen würden sie die Hilfe der Allgemeinheit noch Ansuchen machen müßten. Und auch wenn die Idee der Ausperrungen der Unternehmer den nicht richtig ist, so werden die Ausperrungen der Unternehmer den Gewerkschaften doch gewaltig an den Beuteln gehen und es gibt, bei Seiten vorübergehen.

Hollmann (Gartenbau) (Bergbauarbeiter) wundert bei der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln eine Bewegung der kleineren Gewerkschaften, die um das Koalitionsrecht kämpfen.

Brücker (Berlin) (Buchdrucker): Wenn die General-Kommission die gemeinsame Spardarle hat, wird häufiger Streit um die Verteilung der Gelder sein. Redner empfiehlt daher das bisherige System der Sammlungen, die er einheitlich von der General-Kommission, nicht von der Partei, geleitet werden soll.

Ein Schlußantrag, von Bismarck beauftragt, wird zurückgegeben.

Brücker (Berlin) (Buchdrucker) tritt für die Uebernahme der Ueberweisung aus öffentlichen Sammlungen an die General-Kommission ein. Streibrink (Eisenbahner) (Zentralarbeiter): Zum erstenmal habe ich heute den Vorwurf gehört, daß wir die Helmschleifer von der Grimmischauer zu hoch unterwürdig hätten; bisher las man stets das Gegenteil. Wir Zentralarbeiter betonen die Solidarität aller, z. B. den Grimmischauer, in wirksamster Weise. Wir sind auch der Meinung, daß die Ueberweisung der Sammlungen der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Deshalb stimmen wir den vorliegenden Anträgen zu. (Beifall.) Zahlen Sie mal ein wieder raus! — Heiterkeit.)

Seipart (Stuttgart) (Metallarbeiter): Ich halte es doch für notwendig, noch einmal zu konstatieren, daß die Verwendung der abgesetzten Sammelgelder durch den Zentralarbeiterverband zu keinen Gunsten einen recht peinlichen Eindruck in der Gewerkschaftsbewegung gemacht hat. — Die deutschen Gewerkschaften hätten sich innerlich nie gemacht, wenn nicht der Berliner Kongress mit aller Entschiedenheit zu ausgesagt, wenn nicht die Gewerkschaft der Arbeiter den Standpunkt vertreten hätte, daß jede Gewerkschaft ihre Streiks selbst bezahlen muß. Deshalb werden wir auch nicht dulden, daß auf einen Umweg ein Zentralstreikfonds geschaffen wird. Bei jeder weiteren Ausdehnung wollen wir dem Gedanken einen möglichst kleinen Schritt entgegenkommen. Wie weit das gehen darf, muß im Einzelfall die General-Kommission entscheiden.

Schleier (Hamburg) (Hafenarbeiter): Weder Grimmischauer noch der Bergarbeiterstreik waren feindlich. Beide Gewerkschaften trübten sich auch nicht gegen ihren Lohn. Nur drückt auf sie die Masse der Unorganisierten. Die Arbeiterkorporation muß sich betätigen, solange die feindlichen Unternehmer, noch dazu auf Umwegen und in alle denkbaren

Höller (Frankfurt a. M.) (Schuhmacher) wendet sich gleichfalls gegen die Anweisung eines Kampffonds durch die General-Kommission. Den Zentralarbeitern hätte das Taktgefühl liegen müssen, daß sie den Ueberweisungen an die General-Kommission abzulehnen hätten. Die Bergarbeiter haben es ja schon versprochen und wenn das in solchen Fällen allgemein üblich wäre, wäre es die beste Lösung der Schwierigkeit.

Krauß (Berlin) (Steinleger) hebt die Leistungsfähigkeit einer Reihe kleinerer Organisationen hervor und schließt sich im übrigen Seipart an.

von Elm (Hamburg): Ich habe vor zehn Jahren den Entwurf der General-Kommission begrüßt, der einen allgemeinen Streikfonds schaffen wollte. So weit, wie wir es damals wollten, sind wir auch heute noch nicht, aber wir sind auf dem Wege der Besserung. Was gegen den allgemeinen Streikfonds eingebracht wird, trifft nicht zu. Wenn bekannt wird, die Gewerkschaften hätten dann die innere Zustimmung nicht gehabt, so wird übersehen, daß ja gar nicht vorgetragen war, die Streikunterstützung solle lediglich durch die Zentrale geschehen. Der innere Ausbau der Organisation, die Verfügung über eigenes Geld, sollte diese Voraussetzung sein. In England hat sich ein solch allgemeiner Streikfonds in der Praxis sehr gut bewährt. Aber es gibt ja auch noch einen andern Weg, den uns die Taten gelehrt haben: sobald ein Kampf beginnt, werden unter bestimmten Voraussetzungen alle gemeinsamen obligatorischen Beiträge erhoben. (Sehr richtig.) Ich bin überzeugt, daß wir diesen Weg auch in Deutschland beschreiten werden.

In Finnmark ist die grundsätzliche Bestimmung: nicht erst dann, wenn ein Streik im Gange ist, sondern vorher, bevor die Anforderungen noch gestellt sind, hat man sich mit der Zentrale in Verbindung zu setzen. (Sehr richtig.) Eine weitere Voraussetzung ist: die Organisation muß imstande sein, einen bestimmten Prozentsatz der Mitgliederzahl im Streikfall zu unterstützen. Schließlich ist noch bestimmt, daß jeder Kampf nur bis zu 13 Wochen unterworfen wird. Hier darüber hinaus noch Unterstützung verlangt, so hat vorher erst die Allgemeinheit zu entscheiden. Das gegenwärtige System der allgemeinen Sammlungen wirkt nur die Ueberwindung der Unternehmer, die bei allgemeinen Sammlungen sich immer sagen: die Streikverboten liegen am Ende ihres Kalens. Wenn das Geld, das für Grimmischauer am Ende der Ausperrung vorhanden war, am Anfang dazugewiesen wäre, die Unternehmer hätten es sich zweimal überlegt, bevor sie den Kampf begonnen hätten. (Beifällige Zustimmung.)

Der Bergarbeiterstreik.

Boleslaw (Zwickau) (Bergarbeiter): Es ist sehr wohlthuend, mit einander entgegengelegenen Vorurteilen befaßt zu werden, wie es uns von Dortmund aus geschah. Ich bin sehr froh, daß der Zentralverband aus den Industriegewerkschaften hinaus in die weltlichen Berufe gehen wird, wenn es ihm auch gelingen wird, das er an die Allgemeinheit appellieren muß. (Sehr richtig.) Und Bergarbeiter hat der Streik genutzt. Untere nächste Generalversammlung wird die Beiträge um 10% erhöhen.

Ausstellungen in Ausperrung-Sammlungen, Bibliotheken, Kränzen da und dort. Wenn man aber irgendwas etwas feierliche in der Zeit des Leidens hätte sein dürfen, so war's in Weimar! Und auch sonst bemerkten wir's: gleich nach dem Schließen wurden die „Requisiten“ der Schillerfeier wieder „abgegeben“. ... Unsere Sammlerarbeit hat an den Schiller-Ausstellungen beigeleitet, was sie konnte: die in ihrer gestellten Beiträge aus Privatbeiträgen hatten manchen „offiziellen“ Unternehmen „auf die Strauß“. Um so bedauerlicher ist die aus vielen Orten gemeldete Tatsache, daß der — verdingliche — Verkauf derartiger Schiller-Spezial-Ausstellungen ein oft schlagender Beweis ist. Natürlich — da gab's keine Gelegenheiten, seine eigene wertere Persönlichkeit „erzählbar“ zu lassen!

Wir sind mit der „Masse der Deutschen“ in Art von Ehrlichkeit der Schillerfeier das „Volk der unteren Schichten“, jene Welt, wo man arbeitet und Geistesruhe wie Sonntag hoch hält und erhebt. Es mußte jeden freien Mann erheben, als er las: wie irgendwo deutsche Arbeiter, verarmt, um Streikfragen, Erziehungsfragen, zu erwären, aus spontanem Herzenstrieb still hinausgehen, um am Festtag Schillers, des idealen Schiller, einen Briefentwurf niederzulegen, der die Nachwelt trug: „Dem großen Dichter der deutschen Arbeiter“. ... Wir glauben, daß wir uns angesichts dieser Fülle von für viele tausend laute Schiller schämten. Nein, Schiller ist nicht tot! Er lebt und weilt! Aber der deutsche, jatte Bürger ist nicht mehr Blut von Schillers Blut, wie einst! Das muß ausgesprochen werden, so hart es klingt!

Arbeiter-Länderbund für Dresden und Umgegend. Ein „Friedrich-Liederabend“ hatte Dienstagabend zahlreiche Juchzer in den Trianon gegeben, wenn auch der Besuch der Veranstaltung nicht so stark wie bei früheren Gelegenheiten war. Auch der künstlerische Eindruck stand zum Teil hinter dem bei früheren Konzerten des Arbeiter-Länderbundes zurück. Teilweise war die Wahl der Lieder nicht einwandfrei. Selbst bei einem „Friedrich-Liederabend“ konnten Kompositionen, wie die „Liederschmule“, „Dein Herz, dein Verbleiben“, „Drei ich's Dirndt haben“ und „A ländliche Wandlung“ vorkommen. Auf Vereinsausstellungen, beim frohen Gange in Preien, da mögen sie passen. Mit hübsch ausübenden jugendlichen Leistungen erfreuten die Gesellener (Dirigent A. Noth, die frohen Sänger, Viktoria (Dirigent C. Reubert), die Liedertaler (Dirigent P. Bismarck). Auch einzelne Gesangschor (Veitung P. Bismarck) verdienen guten Eindruck.

Die Freunde des Simplissimus. Die neueste Nummer des Simplissimus antwortet so auf die bekannte Verhandlung des

Pravoi) 60-70000 Bergarbeiter sind mehr organisiert. Wir sind also nicht undankbar für die allgemeine Unterstützung.

Schleier (Hamburg) (Hafenarbeiter) beklagt, daß aus den von ihm mitgeteilten Einzelheiten, in den sich die unbedeutenden Anträge hineinmischen, gar nicht erhellen konnte, daß bei der Unterstützung im Bergarbeiterkampf Haddelmundel geherichtet habe. Redner wünscht sich dann gegen die Reimierung Vorbehalt, die Taktik des Bergarbeiterkampfes habe der schwarzen Garde den Rücken gekehrt. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir uns nicht orient und ethisch gegen den Streik gemacht haben. In den entscheidenden Verhandlungen am 9. und 10. Januar habe ich gekämpft, wie es nur in meinen Kräften stand. Als ich unterlag, gab ich den Bergarbeitern mein letztes Verdicten: „Gut, ihr habt verlioren, ja weinen; was in urenen Kräften steht, werden wir mit uns auch zum Siege zu helfen.“ Wie standen wir zum Anfang des Streiks? Von 70000 Bergarbeitern waren 60000 in unserem Verbande organisiert, daneben 40000 im christlichen und 10000 im politischen und kirchlichen Verein. Welcher Vorwurf wäre und gemacht worden, wenn wir mit ihnen nicht zusammengegangen wären. Unter den christlich-organisierten war die Streiklist fast ebenso groß, wie bei uns. Bei der Leitung war auf das Entscheidende gegen den allgemeinen Streik. Die Folge einer Taktik der Nicht-Verhandlung wäre, wenn nicht eine Erregung, so doch eine schwere Niederlage unteres Verbandes gewesen. Welche Stellung hätte dann die öffentliche Meinung gegenüber den organisierten Genossen dann zogen und eingeschoben? Ohne Veranlassung von irgend einer Seite sind wir ganz natürlich zu den Christlichen zusammengekommen. Gärten wir den Streik durchgehend oder auch nur an der Spitze der Ehebener-Kommission geblieben, so hätten wir den Bergarbeitern einen neuen Stand zum Streik verbodnen gegeben. Wenn Justizminister Streik 1885 verboten hätte, Unternehmern jede Verhandlung, weil wir Sozialdemokraten waren, aus allen diesen Gründen haben wir mit dem christlichen Gewerkschaften eine gemeinsame Sache gemacht. Und wie jetzt den Ausgang der Verhandlung betrachten, der wird wohl etwas anders werden als vorheriger und Scherel. Parteien wir ab, wie es ausfallen wird. Wir haben die christlichen Gewerkschaften vor eine Alternative gestellt. Wir haben ihnen gesagt: „Ihr könnt gehen und, daß wir nicht zu reich werden, weil wir den Kampf gegen das Kapital allzu richtiglich führen. Ihr werdet von der Regierung geschieden. Jetzt, noch Ihr könnt, wenn Ihr an der Spitze steht.“ Die Christlichen haben auch gar nicht erreicht. Aber die Mitglieder haben eingesehen, daß mit der Reiterei nichts zu erreichen ist. Deshalb sind sie den Christlichen weiter gegangen und haben mit uns den allgemeinen Kampf aufgenommen. Ich gebe auch ganz bestimmten Genossen nicht weiter auf diese Fragen ein. Aber selbst die Kritiker, die heute noch vorhanden sind, werden am Schluß sich recht geben. (Beifall.)

Schwarz (Danzig) (Nasser) verteidigt den Grimmischauer wie den Bergarbeiterstreik gegen die ungedulden Angriffe. Auch die Zentralarbeiter hätten das Ueberweisungsrecht nicht als zu billigt, aber auch das Gewerkschaftsstatut Verzicht soll in Streikfall für den Bau eines Gewerkschaftsverbandes behalten. Gerade dazu ist eine Regelung zu notwendig.

Göhen (Berlin) (Metallarbeiter): Ich würde es mir nicht gefallen lassen, daß man hinterher meine Verleumdungen zu den Streiks hätte hinterher kann es jeder wissen. Der letzte Treier habe gesprochen, daß wir nicht, auch wenn er gar nichts versteht. Keiner tritt dann in wesentlichen Seipart bei. Nach Grimmischauer habe man sich am Tage verband schwer verständigt. Jetzt sollte man schon mit Rücksicht auf die Abkühlung der Unterstreichung genau regeln.

Höller (Frankfurt a. M.) (Schuhmacher) wendet sich gleichfalls gegen die Anweisung eines Kampffonds durch die General-Kommission. Den Zentralarbeitern hätte das Taktgefühl liegen müssen, daß sie den Ueberweisungen an die General-Kommission abzulehnen hätten. Die Bergarbeiter haben es ja schon versprochen und wenn das in solchen Fällen allgemein üblich wäre, wäre es die beste Lösung der Schwierigkeit.

Krauß (Berlin) (Steinleger) hebt die Leistungsfähigkeit einer Reihe kleinerer Organisationen hervor und schließt sich im übrigen Seipart an.

von Elm (Hamburg): Ich habe vor zehn Jahren den Entwurf der General-Kommission begrüßt, der einen allgemeinen Streikfonds schaffen wollte. So weit, wie wir es damals wollten, sind wir auch heute noch nicht, aber wir sind auf dem Wege der Besserung. Was gegen den allgemeinen Streikfonds eingebracht wird, trifft nicht zu. Wenn bekannt wird, die Gewerkschaften hätten dann die innere Zustimmung nicht gehabt, so wird übersehen, daß ja gar nicht vorgetragen war, die Streikunterstützung solle lediglich durch die Zentrale geschehen. Der innere Ausbau der Organisation, die Verfügung über eigenes Geld, sollte diese Voraussetzung sein. In England hat sich ein solch allgemeiner Streikfonds in der Praxis sehr gut bewährt. Aber es gibt ja auch noch einen andern Weg, den uns die Taten gelehrt haben: sobald ein Kampf beginnt, werden unter bestimmten Voraussetzungen alle gemeinsamen obligatorischen Beiträge erhoben. (Sehr richtig.) Ich bin überzeugt, daß wir diesen Weg auch in Deutschland beschreiten werden.

In Finnmark ist die grundsätzliche Bestimmung: nicht erst dann, wenn ein Streik im Gange ist, sondern vorher, bevor die Anforderungen noch gestellt sind, hat man sich mit der Zentrale in Verbindung zu setzen. (Sehr richtig.) Eine weitere Voraussetzung ist: die Organisation muß imstande sein, einen bestimmten Prozentsatz der Mitgliederzahl im Streikfall zu unterstützen. Schließlich ist noch bestimmt, daß jeder Kampf nur bis zu 13 Wochen unterworfen wird. Hier darüber hinaus noch Unterstützung verlangt, so hat vorher erst die Allgemeinheit zu entscheiden. Das gegenwärtige System der allgemeinen Sammlungen wirkt nur die Ueberwindung der Unternehmer, die bei allgemeinen Sammlungen sich immer sagen: die Streikverboten liegen am Ende ihres Kalens. Wenn das Geld, das für Grimmischauer am Ende der Ausperrung vorhanden war, am Anfang dazugewiesen wäre, die Unternehmer hätten es sich zweimal überlegt, bevor sie den Kampf begonnen hätten. (Beifällige Zustimmung.)

Der Bergarbeiterstreik.

Boleslaw (Zwickau) (Bergarbeiter): Es ist sehr wohlthuend, mit einander entgegengelegenen Vorurteilen befaßt zu werden, wie es uns von Dortmund aus geschah. Ich bin sehr froh, daß der Zentralverband aus den Industriegewerkschaften hinaus in die weltlichen Berufe gehen wird, wenn es ihm auch gelingen wird, das er an die Allgemeinheit appellieren muß. (Sehr richtig.) Und Bergarbeiter hat der Streik genutzt. Untere nächste Generalversammlung wird die Beiträge um 10% erhöhen.

Ausstellungen in Ausperrung-Sammlungen, Bibliotheken, Kränzen da und dort. Wenn man aber irgendwas etwas feierliche in der Zeit des Leidens hätte sein dürfen, so war's in Weimar! Und auch sonst bemerkten wir's: gleich nach dem Schließen wurden die „Requisiten“ der Schillerfeier wieder „abgegeben“. ... Unsere Sammlerarbeit hat an den Schiller-Ausstellungen beigeleitet, was sie konnte: die in ihrer gestellten Beiträge aus Privatbeiträgen hatten manchen „offiziellen“ Unternehmen „auf die Strauß“. Um so bedauerlicher ist die aus vielen Orten gemeldete Tatsache, daß der — verdingliche — Verkauf derartiger Schiller-Spezial-Ausstellungen ein oft schlagender Beweis ist. Natürlich — da gab's keine Gelegenheiten, seine eigene wertere Persönlichkeit „erzählbar“ zu lassen!

Wir sind mit der „Masse der Deutschen“ in Art von Ehrlichkeit der Schillerfeier das „Volk der unteren Schichten“, jene Welt, wo man arbeitet und Geistesruhe wie Sonntag hoch hält und erhebt. Es mußte jeden freien Mann erheben, als er las: wie irgendwo deutsche Arbeiter, verarmt, um Streikfragen, Erziehungsfragen, zu erwären, aus spontanem Herzenstrieb still hinausgehen, um am Festtag Schillers, des idealen Schiller, einen Briefentwurf niederzulegen, der die Nachwelt trug: „Dem großen Dichter der deutschen Arbeiter“. ... Wir glauben, daß wir uns angesichts dieser Fülle von für viele tausend laute Schiller schämten. Nein, Schiller ist nicht tot! Er lebt und weilt! Aber der deutsche, jatte Bürger ist nicht mehr Blut von Schillers Blut, wie einst! Das muß ausgesprochen werden, so hart es klingt!

Arbeiter-Länderbund für Dresden und Umgegend. Ein „Friedrich-Liederabend“ hatte Dienstagabend zahlreiche Juchzer in den Trianon gegeben, wenn auch der Besuch der Veranstaltung nicht so stark wie bei früheren Gelegenheiten war. Auch der künstlerische Eindruck stand zum Teil hinter dem bei früheren Konzerten des Arbeiter-Länderbundes zurück. Teilweise war die Wahl der Lieder nicht einwandfrei. Selbst bei einem „Friedrich-Liederabend“ konnten Kompositionen, wie die „Liederschmule“, „Dein Herz, dein Verbleiben“, „Drei ich's Dirndt haben“ und „A ländliche Wandlung“ vorkommen. Auf Vereinsausstellungen, beim frohen Gange in Preien, da mögen sie passen. Mit hübsch ausübenden jugendlichen Leistungen erfreuten die Gesellener (Dirigent A. Noth, die frohen Sänger, Viktoria (Dirigent C. Reubert), die Liedertaler (Dirigent P. Bismarck). Auch einzelne Gesangschor (Veitung P. Bismarck) verdienen guten Eindruck.

Die Freunde des Simplissimus. Die neueste Nummer des Simplissimus antwortet so auf die bekannte Verhandlung des

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Die...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Der Bergarbeiterstreik.

Boleslaw (Zwickau) (Bergarbeiter): Es ist sehr wohlthuend, mit einander entgegengelegenen Vorurteilen befaßt zu werden, wie es uns von Dortmund aus geschah. Ich bin sehr froh, daß der Zentralverband aus den Industriegewerkschaften hinaus in die weltlichen Berufe gehen wird, wenn es ihm auch gelingen wird, das er an die Allgemeinheit appellieren muß. (Sehr richtig.) Und Bergarbeiter hat der Streik genutzt. Untere nächste Generalversammlung wird die Beiträge um 10% erhöhen.

Ausstellungen in Ausperrung-Sammlungen, Bibliotheken, Kränzen da und dort. Wenn man aber irgendwas etwas feierliche in der Zeit des Leidens hätte sein dürfen, so war's in Weimar! Und auch sonst bemerkten wir's: gleich nach dem Schließen wurden die „Requisiten“ der Schillerfeier wieder „abgegeben“. ... Unsere Sammlerarbeit hat an den Schiller-Ausstellungen beigeleitet, was sie konnte: die in ihrer gestellten Beiträge aus Privatbeiträgen hatten manchen „offiziellen“ Unternehmen „auf die Strauß“. Um so bedauerlicher ist die aus vielen Orten gemeldete Tatsache, daß der — verdingliche — Verkauf derartiger Schiller-Spezial-Ausstellungen ein oft schlagender Beweis ist. Natürlich — da gab's keine Gelegenheiten, seine eigene wertere Persönlichkeit „erzählbar“ zu lassen!

Wir sind mit der „Masse der Deutschen“ in Art von Ehrlichkeit der Schillerfeier das „Volk der unteren Schichten“, jene Welt, wo man arbeitet und Geistesruhe wie Sonntag hoch hält und erhebt. Es mußte jeden freien Mann erheben, als er las: wie irgendwo deutsche Arbeiter, verarmt, um Streikfragen, Erziehungsfragen, zu erwären, aus spontanem Herzenstrieb still hinausgehen, um am Festtag Schillers, des idealen Schiller, einen Briefentwurf niederzulegen, der die Nachwelt trug: „Dem großen Dichter der deutschen Arbeiter“. ... Wir glauben, daß wir uns angesichts dieser Fülle von für viele tausend laute Schiller schämten. Nein, Schiller ist nicht tot! Er lebt und weilt! Aber der deutsche, jatte Bürger ist nicht mehr Blut von Schillers Blut, wie einst! Das muß ausgesprochen werden, so hart es klingt!

Arbeiter-Länderbund für Dresden und Umgegend. Ein „Friedrich-Liederabend“ hatte Dienstagabend zahlreiche Juchzer in den Trianon gegeben, wenn auch der Besuch der Veranstaltung nicht so stark wie bei früheren Gelegenheiten war. Auch der künstlerische Eindruck stand zum Teil hinter dem bei früheren Konzerten des Arbeiter-Länderbundes zurück. Teilweise war die Wahl der Lieder nicht einwandfrei. Selbst bei einem „Friedrich-Liederabend“ konnten Kompositionen, wie die „Liederschmule“, „Dein Herz, dein Verbleiben“, „Drei ich's Dirndt haben“ und „A ländliche Wandlung“ vorkommen. Auf Vereinsausstellungen, beim frohen Gange in Preien, da mögen sie passen. Mit hübsch ausübenden jugendlichen Leistungen erfreuten die Gesellener (Dirigent A. Noth, die frohen Sänger, Viktoria (Dirigent C. Reubert), die Liedertaler (Dirigent P. Bismarck). Auch einzelne Gesangschor (Veitung P. Bismarck) verdienen guten Eindruck.

Die Freunde des Simplissimus. Die neueste Nummer des Simplissimus antwortet so auf die bekannte Verhandlung des

3. Die Sammlungen sollen möglichst durch Extrablätter aus-
scheiden werden. (Sagen zahlreiche Stimmhaltungen.)
4. Die Generalkommission wird Zentralstelle für die gesammelten
Materiale. (Sagen eine große Minderheit.)
Die Frage, ob auch die Partei Sammelstellen ausgeben soll, wird
einer Vereinbarung der Generalkommission mit der Partei überlassen.
Für Ausarbeitung der gesammelten Beschlüsse wird eine Kommission
aus 15 Mitgliedern eingesetzt. 2 für die Bauindustrie, 2 für die
Textilindustrie, 2 für die Holz-, 2 für die Bekleidungs- und 2 für die
Lebensmittelindustrie; je 1 für die graphische Industrie, die
Zuckerindustrie, die Branntwein-, die Fabrikarbeiter und die übrigen
Gewerbe. Die Wahl selbst findet nach der Mühseligkeit in den Ab-
teilungen statt. (Mittagspause.)

Stadt-Chronik.

Die Wenderung des Stadtorordneten-Wahlrechts

Während den Gegenstand einer gestern Abend im großen Saal des Theaters
von den Vereinigten Bezirks- und Bürgervereinen ab-
gehaltenen Versammlung, zu der Eintrittskarten ausgeben
worden waren. Der Besuch war geradezu flüchtig, kaum 100 Per-
sonen hatten sich eingefunden. Das konnte natürlich unter den ge-
wöhnlichen Umständen, wie auch von verschiedenen Rednern in der Debatte
hervorgehoben wurde, kaum anders sein, um so mehr muß man es als eine
spezielle Portion Un-verständlichkeit betrachten, daß Herr Direktor
Hilhelm bei Eröffnung der Versammlung den schwachen Besuch auf
ein mangelndes Interesse der Bevölkerung gegenüber dieser hoch-
wichtigen Frage zurückführte.

Um die 10 Uhr sprach Herr Lehrer Bed., bekanntlich ein eifriger Ver-
fechter des Wahlrechts. Bei den bisherigen Wahlen
wurde der Wahlzettel besonders in Anspruch genommen, kostete doch im
allgemeinen die Herausgabe einer Liste ca. 1500 Mark. Das konnte
nicht alle Vereine, und deshalb schlossen sie sich zusammen. Dadurch
wurde der Bürger gezwungen, auf einmal 30 Stadtorordnete zu wählen.
Dieses System habe dazu beigetragen, das Niveau des Stadtorordneten-
kollegiums nicht zu heben. Während Leute, die durch ihre Tätigkeit
mit der Öffentlichkeit trauen, leicht auf Widerstand stießen, wurden
diejenigen, die sich am wenigsten bemerkbar machten, sogenannte Kassen-
gänger gewählt. Während bisher eine bürgerliche Minorität ihre Kan-
didaturen durchgebracht habe, bestehe jetzt Gefahr, daß es eine sozialdemo-
kratische Majorität bringe werde. Deshalb auch die Idee, das Wahlrecht
zu ändern. Er könne nur für Einsetzung der Stadt in Bezirke sein.
Sein Bezirkswahlrecht dürfe auch nicht die relative, sondern die
absolute Mehrheit entscheiden. Das würde mit sich bringen, daß die
bürgerlichen Vereine, wenn sie sich im ersten Wahlgang durchsetzen
könnten, für den zweiten noch einigen könnten. Zweitens würde durch
eine größere Wahlberechtigung erreicht, außerdem würden auch die
Wahlen bedeutend billiger werden. Ferner müßte dann der Kandidat
nicht belassen und seinen Wählern über seine Tätigkeit Rechenschaft
geben. Allerdings würde dies nicht als ein Einheitswahlrecht für die
Gesamtheit betrachtet. Was das Berufswahlrecht anbelange, so habe
er gegen dieses seinerzeit selbst ein Dekret der städtischen Regierung
erlassen. Dies genüge. Durch eine andere Abgrenzung der Stadt-
bezirke ließe sich eventuell auch eine Überleitung des Stadtparlaments
nach die Sozialdemokratie vermeiden, die man bei Einführung des
Berufswahlrechts immer behauptet, obwohl dies gar nicht zutreffend
ist, da zwischen Reichstagswahlen und Stadtorordnetenwahlen ein sehr
großer Unterschied sei. Wie die Statistik lehre, würden von den bis-
herigen 12 Wahlbezirken 12 glatt in die Hände der bürgerlichen Parteien
übergegangen sein, 7 in die Hände der Sozialdemokratie, während in
5 Bezirken Stichwahlen notwendig gewesen wären mit guter Aussicht
auf Erfolg für die bürgerlichen Parteien. In Zukunft würde es beim
Berufswahlrecht auch insofern besser werden, weil viele nur aus Un-
verständlichkeit über die jetzigen Zustände sozialdemokratisch gewählt hätten.
Zum Schluss erwähnte sich Redner noch gegen die Teilnahmlosigkeit vieler
Bürger an den kommunalen Dingen. (Beifall.)

Herr Obermeister Ulrich verbreitete sich über das Berufs-
wahlrecht und brachte im allgemeinen daselbst vor, wie schon früher
in der Innungsversammlung bei Reinhold. Eins sei ihm nicht
klar, wie der Vorredner sagen könne, daß geplante Berufswahlrecht
als eine Entredung einer großen Klasse der Bevölkerung dar, da doch

jede Berufsgruppe ihre Vertreter haben solle. Es sei nur ein Gebot der
Gerechtigkeit, das denjenigen, die zu den Steuern mehr beitragen, auch
ein größerer Einfluß einzuwerden. Es würde kein Glück für eine
Stadt sein, wenn sie von einer minderbemittelten Mehrheit beherrscht
würde. Diejenigen, die den Steuern mehr beitragen, sind es, die die
Stadt am meisten aufbauen. (Zuruf: Ja!) Sehr richtig! Doch liegt nicht die
Hauptaufgabe in den Debatten und Reden, sondern die
Wahl der Stadtorordneten mehr aufeinander spielen möchten. Nach
seiner Ansicht bewiesen die jetzt noch am Ruder befindlichen Par-
teien ein großes Unvermögen, wenn sie den Sozialdemokraten einige
Sitze einräumen. Wäre das Verhältnis umgekehrt, möchte er sehr be-
weisen, ob die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien auch in
dieser Weise entgegenkommen würde. Er habe schon öfters gesagt —
aber die Arbeiter-Organisationen sind nicht —, daß alle Klassen ver-
treten sein müssen. Beim Berufswahlrecht würde es gar nicht lange
dauern, dann hätte die Sozialdemokratie die Mehrheit, da das An-
sehen der sozialdemokratischen Bürger infolge der Reduzierung des
Oberverwaltungsgerichts, die jedenfalls nicht im Sinne des Gesetzgebers
abgegeben habe, nicht aufgehoben sei. Es lasse sich aber nichts damit
machen und der Rat seinerseits rechne auch damit. Jedenfalls verdiente
das Berufswahlrecht einen Versuch, der Aussicht auf guten Erfolg
habe. Man mag ein Wahlrecht schaffen, wie man wolle, immer werde
es der einen oder anderen Gruppe nicht gefallen.

Als Dritter empfahl Herr Direktor Hilhelm den von ihm und
Kaufmann Moering ausgearbeiteten Entwurf des Pro-
portional-Klassenwahlrechts. Er ist im großen und
ganzen mit Herrn Ulrich hinsichtlich der Notwendigkeit der Abände-
rung einer Meinung, hält nur seinen Entwurf für gerechter als
das Berufswahlrecht. Aber bei der Teilung der Bürger in zwei Klassen
sind unzulässig geworden, aber sie habe „mit in Kauf genommen“
werden müssen, um eine Mehrheit der „unserer Landessöhne“ im
Stadtorordnetenkollegium zu verhüten.

Die Diskussion eröffnete Herr Professor Schömann,
darauf hinweisend, daß der etwaige Verlust der Versammlung auf die
Schwierigkeit der Erlangung von Eintrittskarten
zurückzuführen liege. Die Möglichkeit, den Saal zu füllen, habe man
schon gehabt. (Zustimmung.) Warum sei denn nun auf einmal das
jetzige Wahlrecht so schlecht geworden? Weil eine andere Partei aus-
zubrechen komme, da die andere gründlich abgewirtschaftet habe. Trotzdem
sei auch er für eine Wahlrechtsänderung, weil das bestehende Wahl-
recht überhaupt kein ist. (Zuruf: Ja!) Sozial-
recht überhaupt nicht, das die dem energetischen Vorstrebenden nicht
gehe, nicht im Stadtorordnetenkollegium kamen. (Zustimmung.)
Die Herren hätten, wenn sie bei dem Vorschlag die Bürger
einsetzen wollten, die Mittelklasse wählen müssen. (Zuruf: Ja!)
Er könne sich auch nur für ein Bezirkswahlrecht entscheiden.
Was den Entwurf des Herrn Hilhelm anbelange, so müsse er zugeben,
daß das Proportionalwahlrecht etwas Gutes an sich habe, bei Hilhelm
sei jedoch die Größe des Gebiets maßgebend. Das der Vorschlag
gerade von Hilhelm ausgehe, der sonst immer in Worten gegen den
Tang und goldene Kalb gerichtet habe, sei besonders interessant. (Zuruf:
Ja!) Letztendlich habe die Versammlung gar keinen Zweck, denn es
steht heute schon fest, wie das Wahlrecht geändert
werde, es werde doch ein Klassenwahlrecht. — Herr Pap-
dorf, vom Evangelischen Arbeiterverein, kam für das Berufswahl-
recht nicht zu sprechen. Das Berufswahlrecht ist kein Ideal, doch
kann er sich für das vorzuschlagende auch nicht verwenden, weil die
evangelischen und nationalsozialistischen Arbeiter ohne Vertretung bleiben
würden. Dasselbe müsse er bezüglich des Hilhelmschen Entwurfs sagen.
— Ebenfalls müsse er Bedauern über den ihm schon früher
Dr. Böhm vom Arbeiterverein Erwin Kuback, indem er gleich-
falls die Form der Eintragung geistig. Man habe jedenfalls eine
auserlesene Schar von Zuhörern im Saal haben
wollen. Er tritt dann dem bekannten Beschlusse des Vereins mit.

Im Schlußwort weist Herr Bed. darauf hin, daß der letztjährige
Turnus die Verpflanzung, in der man in Dresden lebe, nur
noch weiter fördern würde. Von Substanz sei nur das Reden, wenn
sich Vereine, deren Interessen einander diametral entgegenstehen und die
sich sonst lebhaft bekämpfen, beim Wahlkampf zusammenschließen. Das
Berufswahlrecht, wie es der Rat haben wolle, sei noch viel schlechter
als der Hilhelmsche Entwurf und habe einen rein platonischen
Charakter. Die Sozialdemokratie könne nur willkürlich bekämpft werden,
wenn sie da ist, jetzt machen alle schönen Reden im Stadtorordneten-
kollegium den Eindruck einer theatralischen Aufführung.
(Zuruf: Sehr gut!) Nicht über was er, Herr Bed. den
Anmeldezeit der be-rühmten 45er Gruppe aus ihrem
letzten Wahlkampf eine Stelle vorhielt, in der sie sich gegen die
Wahlrechtsänderung ausprobierten. Ferner zitierte er eine Stelle
der Deutschen Wacht, worin es heißt: „Die Reformer würden ihr
eigenes Programm verfolgen, wenn sie einem Ge-
schicks-System zuließe, wie es das Berufswahlrecht ist“
und schloß ironisch daran die Bemerkung, er wüßte, daß man auch
die Reformpartei mit deutscher Treue gegen jede Wahlrechtsänderung
eintreten werde. (Zustimmung.) Herr Ulrich bemerkte
noch, daß er vor der Sozialdemokratie keine Angst habe, vielmehr
sich auf die Kämpfe mit ihr freue. (Auch!)
Wenn die Sozialdemokraten aber die Mehrheit erlangten, sei ihnen das
Wohl der Stadt gleich, da sie nur das Interesse ihrer Partei vertreten
würden. Herr Hilhelm erklärte, daß im Stadtorordneten-
kollegium noch keine bindenden Beschlüsse gefaßt seien,
da er sich andersfalls keine Arbeit erspart haben würde. In Erweiterung
liege die Einführung der Wahlpflicht geschlossen, doch
habe man davon Abstand genommen, weil die Regierung erklärte,
sie würde einem solchen Gesetze niemals zustimmen. Bezirks-
wahlen habe man von 1870 bis 1873 gehabt, sie hätten sich indessen
nicht bewährt.

Man kam über eine allgemeine Resolution nicht hinaus. Nicht
einmal eine Resolution wurde gefaßt. Die Herr Hilhelm anfangs
will man noch eine weite Versammlung abhalten, in der hinsichtlich
des Turnus größere Freiheit herrschen soll. — Wir kommen noch auf
die Versammlung zu sprechen.

Der Kampf der Väderegeßen zur Beseitigung des Koss-
und Logiswanges beim Arbeitgeber hat weitere Fortschritte zu verzeichnen.
Die Väderegeßen, die es endlich mit ihrer Unversöhnlichkeit, haben
eine freie Vereinigung tarifreifer Väderegeßen gegründet. Und
zwar nicht nur in Dresden, sondern auch in Blauenhain. (Zuruf:
Sehr Inter.) Diese Vereinigungen haben mit der Generalkommission
auf zwei Jahre eine Tarifgemeinschaft abgeschlossen. Von der Lohn-
kommission ist infolgedessen ein Ausgleich gemacht worden, als für im
ersten Belegjahr stehende Gezellen der Minimallohn 19 Mark beträgt
und der Lohnzunahme ein prozentlicher ist. Wie die Arbeiterkassen
sich gegenüber der freien Vereinigung zu verhalten hat, brauchen wir
nicht erst zu sagen. Die Gründung dieser freien Vereinigung, die
die sozialpolitische Bedeutung der Tarifvereinbarung anerkennt, ist mit
Freude zu begrüßen.

Das Dresdener Journal schreibt: „Auf Anfragen hin (1) sehen
wir uns veranlaßt, unterem Leserkreis mitzuteilen, daß keines der
Redaktionsmitglieder des Dr. J. dem Verein Dresdener Presse
angehört.“

Uns das zu erfahren, mußte erst angefragt werden. — Aus
dieser Erklärung hat das Regierungsblatt bis jetzt immer noch kein
Wort über den „Holl Starks“ gebracht. Das Dr. J. scheint für
dieses Verhalten triftige Gründe zu haben. —

Steinarbeiter. Durch Entgegenkommen der Meister wurde
gestern Abend in einer gemeinsamen Sitzung eine Einigung der beider-
seitigen Kommissionen herbeigeführt. Die endgültige Beschlußfassung
unterliegt jedoch der heute Abend tagenden städtischen Steinarbeiter-
Versammlung.

Die Nationalsozialisten hielten im weißen Saal der Drei Raben
einen nun wenig bruchend Vortrag ab. Herr Dr. Zimmer-
mann v. Berlin sprach über: „Kaiserliche Macht in unserer Rechtsprechung.“
In jedem Akt und jedes Wort kam dem Vortragenden etwa folgendes
über die Lippen: Um unsere Rechtsprechung nicht ein Zug des Miß-
trauens. Der Staatsbankrott müsse in weiteren Kreisen eine Einbuße
erleiden, wenn das Fundament, das Vertrauen auf die Justiz, erschüttert
und untergraben sei. Die Juristen haben dem allgemeinen
Mißtrauen wohl nicht die rechten Motive unter. Sie seien der
Ansicht, daß alle Formalismen die Ursache davon seien. Redner
sahle es vom Standpunkt des Richters für bedenklich, denn
schon weit genug verbreiteten sich neue Lehren, die
führen, doch leider fehlen zu keiner Bekämpfung jedwede Gründe.
Zunächst strebe das doppelte Maß in der Rechtsprechung bei der Ein-
führung des Berufs- und Berufswahlrechts hinaus, in besonders
hohem Maße in Sachsen. Dadurch, daß man Arbeitervereine harm-
loser Art als politische Vereine betrachte, unterbinde man den Wider-
stand des ihnen geleglich vertriebe Koalitionswahlrechts.
Für die unteren
Schichten sei diese rigorose Handhabung des Berufs- und Berufswahlrechts
rechtlich doppelt hart, da für sie Koalitionen und Organisationen geradezu
Lebensbedürfnisse seien. Von einer Überwachung des Plattenberichts, der doch
genau auf politischen Tendenzen laiere, habe Redner noch nicht vernommen,
oder Arbeiterbildungsvereine, die katastrophal politisch ausfallen,
würden als politische, als sozialdemokratische betrachtet und dementsprechend
behandelt. Redner zitierte einige eklasane Fälle und geht zu Bonkosen
und Verurteilungen über. Mit allen Mitteln habe man Verurteil-
erklärungen, die ja wohl ein rechtlich begründetes, aber kein moralisch
sehr hochstehendes (?) Mittel seien, zu hinterziehen, wenn es sich um
die Bonkosen oder Verurteilung von Unternehmern handle.
Kamen dagegen die Unternehmer als diejenigen in Frage, die den
Beruf ausüben, durch die herabgesetzten „Arbeiterlöhne“ oder
durch die der Gewerkschaften widerstehenden Entlassungsgebühren, so
bäre man nichts von einem Einseitigen der richterlichen Behörden. Auch
Bergeben gegen die öffentliche Ordnung würden mit zweierlei Maß ge-
messen, wenn es sich um Arbeiter oder andererseits um Studierende oder
Angehörige der „besseren“ Klassen handle. Die Richter urteilen eben
als Angehörige einer Klasse, sie verhalten nicht mit dem Bock zu denken
und zu fühlen. Der Rechtsprechung müsse man frisches Blut zuführen
durch Zulassung von Arbeitern und Angehörigen der unbemittelten
Schichten in Schöffen- und Geschworenengerichte.

In der einstündigen Debatte beteiligten sich Dr. v. Mangold,
der in lebhaften Worten die Sachverständigen der Juristen lobte, der
Vorlesende des Jurisch-Vereins des Gewerkschafts, der sich über den
Vortrag des Vortragenden, Arbeiter an der Rechtsprechung teilnehmen zu
lassen, in günstigem Sinne äußerte, und Stadtrat Hartwig, der um
die vom Redner behandelten Gebiete der sozialen Rechtsprechung mit
allen Kräften herumlungert und sich allgemeinen Missständen des Rechts-
lebens zuwenden. Nach einem Schlußwort Dr. Zimmermanns wurde
im Sinne des Vortrags eine Resolution angenommen. Gegen die
Resolution stimmte aber Stadtrat Hartwig.

Der Herr Vortragende meinte, heute werde in der „Sächsischen
Arbeiterzeitung“ stehen, die Ausführungen und Vorträge der National-
sozialisten seien nicht. Wir unterlassen es. Aber aus der geringen Teil-
nahme der Arbeiterkassen an der Versammlung mag er den Schluß
ziehen, wie es in diesen Kreisen mit der Bewertung der Nationalsozialisten
bestellt ist.

Konzentration des Kapitals. Die Mühlenbauanstalt Gebr.
Israel, Flörschütz, in von dem gleichartigen Betrieb Aktiengesellschaft
vorm. Gebr. Sed künstlich erworben worden.

Begnadigt wurde der am 5. Januar vom Dresdener Landgericht
wegen Zweifels mit dem Himmelfahrtstag vom dem Richter
Wahmann zu 3 Monaten Festungshaft verurteilte Romanchrift-
steller Fr. v. L. v. L. v. L., der die ihm paratene Halt vor
kurzem in Abhängigkeit angetreten hatte, wird die Festung morgen
verlassen. — Das Urteil habe bekanntlich keine Ursache in der „Ehrverlet-
tung“ der nimmere von ihm geschrieben und mit Doppelt verurteilten
Gottin v. L.

Verurteilte Nachrichten. Der Schwamm, der gestern zwischen
Marienbrück und Eitelbrück von Bagneren aus der Erde
gehoben wurde, ist als der erste seit etwa acht Tagen vermessen, etwa
40 Jahre alten Wirtschaftlerin aus Biechen erkannt. —
Die junge Tame aus Borsdorf Blauen, die seit dem 13. Mai aus der
Wohnung ihrer Eltern verschwunden ist, wurde am Sonntag nachmittag
in Seußlich als Leiche aus der Erde gezogen. Bei ihr fand man
einen Brief, unterschrieben: Dein Rudi.

Gewerbegericht. Aus der Gärtnerbewegung resultierte
die Klage der Gärtnerkassen für den Herbst und Ost gegen den Handels-
gärtner Kutschler. Wegen des Gärtnerstreiks haben die Klager die
Arbeit ohne Kündigung verlassen, weswegen ihnen der Besagte acht
Tage Lohn als Schadenersatz absetzen will. Er hat zu diesem Zweck
den Besagten von zusammen 55 M. einbezogen. Bevor es zur eigen-
lichen Verhandlung kam, lehnte der Besagte das Gericht als unzulässig
ab, mit dem üblichen Grunde, daß kein Vertrag nicht gewerblicher Art sei.
Da aber festgelegt wird, daß er in der Hauptstadt Baum- und Hof-
schulen hat und die Sämlinge anderweitig bezieht, wird sein Betrieb als ein
gewerblicher angesehen und das Gewerbegericht für zuständig erklärt.
Dadurch war die rechtliche Seite der Klage erledigt, denn die Höhe
der Forderung war unbestritten und Schadenersatzansprüche müssen zum
Gegenstand einer besonderen Klage gemacht werden. Der fällige, ver-
diente Lohn ist unentgeltlich ausbezahlt. Das sah der Besagte denn
auch ein, doch will er verhindern, den Lohn auf dem Amtsgericht mit Urteil
zu belegen, bis seine Schadenersatzklage erledigt ist. Leider ist auch das nicht
angängig und in muß der Mann zunächst den geforderten Lohn zahlen. —
Die gleiche Ursache lag der Klage der Gärtnerkassen Ursache und vier
Gewerkschaften gegen den Gärtnermeister Rahmewald zurunde, doch traten
Gewerkschaften gegen den Gärtnermeister einige andere Momente dabei eine Rolle.
Zunächst hatte sich auch hier das Gericht für zuständig zu erklären,
nachdem der Besagte die Zuständigkeit angeweigert hatte. Er mußte
aber zugeben, daß kein „Gewerkschaft“ nur kein gewerblicher Art ist,
während sein Hauptgeschäft mit blühntrüchtigen Rosenzweigen und Rosa
canina besteht. Bei dieser Klage handelte es sich ebenfalls um einbe-
haltenen Lohn von 24 bis 34 M., an dem sich der Besagte
glaubte schadlos halten zu können. An sich wäre das eben-
falls zulässig, wie im vorigen beschriebenen Klagefall, doch
betreffen hier die Klager, unbedeutend das Arbeitsverhältnis,
für das ebenfalls Kündigung verlangt, Geld zu haben. Sie
haben wiederholt den Lohn unregelmäßig bekommen, wie auch in
anderer Beziehung die Arbeit- und Wohnungsverhältnisse viel zu
wünschen übrig lassen. Zum Beispiel wurde seit einem Jahre
das Besagte nicht erneuert (1) worden. Infolge dieser
Mißstände hatten sie wenig Lust, weiter zu arbeiten, und
kamen an dem kritischen Dienstag früh formloslich auszugehen
zur Arbeit. Da hat der Besagte geäußert, sie wollten auch
mit strecken und ohne sich erst zu verweigern, hat er sie in großer
Aufregung fortgewiesen und die Zahlung des Lohnes verweigert.
Somach konnte nicht einmal davon die Rede sein, daß die Klager die
Arbeit ohne Kündigung verlassen hatten, denn sie waren durch das
Verhalten des Besagten einer derartigen Erklärung entbunden worden.
Freiwilliglicher Entlassung folgend, erklärt sich deshalb der Be-
sagte freiwillig zur Zahlung bereit. — Der Besagte hatte sich
der Richterliche Goldbach, als er den Preis für eine Tüte auf
90 M. vereinbart hatte, wobei er dann im Aktord nicht auf den tarif-
mäßigen Stundenlohn kam. Dicken hat der Klager mit 49 Pf. be-
rechnet und Klager nun gegen den Richtermeister Faust auf die
entstandene Rechtsmängel von 9,50 Mark. Die kritische Tüte
war eine außer Tarif stehende Arbeit, die der freien Vereinbarung
unterliegt und deshalb will der Besagte nicht mehr bezahlen.
Der ganz Fall ist als ein solcher zu betrachten, für dessen wech-
selnde Ergebnisse die Schlichtungskommission besser geeignet ge-
wesen wäre als das Gewerbegericht. Weil eine volle Klärung nicht
möglich war, wird ein Vergleich angebahnt, nach dem der Klager noch
5 M. erhält. — Für 11 et eine fällige Streiftage war die Klage
des Malergesellen Reithorn gegen den Malermeister Urban.
Handelt sich um einen übernommenen Aktord, für den 120 M. verein-
bart waren, wobei es aber freigeig, ob dabei der Klager die Farbe selbst
zu liefern hatte oder nicht. Nach Ansicht des Klagers kann der Aktord-
preis nur ohne Lieferung der Farbe gedacht gewesen sein, sonst wäre
er ganz ungewöhnlich niedrig gewesen. Deshalb verlangt er noch 20 M.
Vohnrecht. Zur Beurteilung der freigeigigen Arbeit ist ein Sachverständiger
geladen, dessen Gutachten dem Klager günstig ist. Infolgedessen wird
ein Vergleich angebahnt, nach welchem der Klager noch 15 M. erhält.

Diese Truppe... diese elende Truppe! Der Kaiser ist mehr als
bedrückt, er ist müde! — Glauben Sie nicht, daß die Truppen,
die... auf dem Rückzuge so viel Tapferkeit an den Tag gelegt haben,
noch müde sind... Der Sprecher kam nicht weiter. Denn der
Hauptredner unterbrach ihn mit großer Lebhaftigkeit: „Nein, nein! Sie
bedenken mich falsch!... die aufstrebende Truppe des Reichs-
Kaisers!“

Dresdener Kunstchronik. [Theater.] Im Residenz-
Theater spielen morgen Abend die „Schlichter“ Jägerblut und Freitag
abend Der Drehschauer.

Neue Mitteilungen. Die Petersburger Wirtschewja Wjedomoiti
schreiben: „Maxim Gorki wird am 23. Mai in Petersburg ein-
treffen und in Anwesenheit der finnländischen Grenze Wohnung neh-
men, wo ein Rathaus für ihn schon gemietet ist. Sein Prozeß soll
schleunigst niederschlagen werden.“ — Wird diese Meldung sich
bewahrheiten?

Karl Hauptmann hat ein neues Schauspiel, mit dem
Titel: Die Austreibung, vollendet.

Geistes. In der Versteigerung des Nachlasses
des bekannten Gemäldsammlers wurde ein Bild des letzten
Winters von Hensle eingekauft, über dessen Wert die An-
wesenden auseinandergingen. Ein großer Kenner erklärte es für recht
wichtig und schätzte es auf höchstens 2000 M., während ein
anderer, ein Museumsdirektor, es für vorzüglich erklärte und seinen
Kaufpreis dringend zum Kauf, eventuell zu einem Preis bis zu
1000 M. empfahl. Ein Händler erhielt den Auftrag, es für das
Museum anzuschaffen. Der Preis erreichte auf der Auktion im Hand-
wischen die Lage des erigenannten Kenners, da Angebote von ver-
schiedenen Seiten erfolgten, und zwar etwas langsamer zu der
Museumskasse, wobei nur einzelne Händler mitboten. Der Man-
nager des Museums hielt sich seines Schicksals bereits versichert, als zu
seinem nicht geringen Erstaunen ein Privatmann, der bisher
keine Teilnahme an der Versteigerung hatte, plötzlich lebendig wurde.
Erst nach dem aber der gleichfalls anwesende Direktor, welcher seinen
Wunsch durch Zinsen zu energischer Fortsetzung des Kampfes auf-
reichte. Dieses bedrängte sich auf ein paar Augen, aber beständig
dabei zwischen Händler und Sammler, unterbrochen von Hornes-
ausdrücken des etwas hitzigen Direktors, welcher schließlich, alle
Anwesenden ausweisend, den Privatmann erkaufte, im öffentlichen
Auktionshaus von letzterem bieten abzusetzen, da sein Gegner das
Objekt betratte. Nun war die Reihe des Erkaufers wieder bei
dem Sammler. Der Preis war inzwischen auf 15 000 M. ange-
stiegen, eine ganz unvorstellbar hohe Summe.
„Der, dieser Direktor, ich habe ja gleichfalls für das
Auktionshaus“ räumte er dem Direktor zu. „Ich bin ja doch heute
vormittag in letzter Stunde, offiziell darum erkaufte worden!“
„Lad ich ganz unmöglich! Von wem denn?“
„Von Vorstehenden der Museumskommission. Dies ist der
Fall.“ Es heißt darin, daß ich das Bild unter allen Umständen fest-
halten muß.“

Die Situation wurde jedenfalls eigenartig. Sie wurde um nichts
weniger, als es sich ergab, daß die in der Kommissionberatung fest-
gesetzte Grenze offenbar durch Induktion einigen Kandidaten
überhand genommen war und sie veranlaßt hatte, den Preis bis auf
1000 M. hinaufzusetzen. Das hätte dann die Konkurrenz
der beiden Generalisten — Direktor und Museumskommission — befohrt.

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 118.

Dresden, Mittwoch den 24. Mai 1905.

16. Jahrgang.

Reichstag.

Sitzung. Dienstag, 23. Mai 1905. Mittags 1 Uhr.

Der Bundespräsident: Graf Polakowski, Dr. Niederding.
Die zweite Lesung der Vorlage betr. Änderung der Justizprozeßordnung wird fortgesetzt bei der zweiten wegen Unzulänglichkeit ergebnislos gebliebenen namentlichen Abstimmung über die Erhöhung der Revisionssumme auf 2000 M.

Abg. Dr. Paasche (natl.) (zur Geschäftsordnung) beantragt Festsetzung der Namen der Abgeordneten, die den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben. Von den 50 Abgeordneten, die den Antrag namentliche Abstimmung unterstüzt haben, waren meines Wissens 40 nicht im Hause anwesend. (Hört, hört! b. d. Natl. und rechts.)

Abg. Sebel (Soz.): Es ist durchaus zulässig, daß nicht anwesende Abgeordnete namentliche Abstimmung beantragen können. Bisher war die namentliche Abstimmung eine solche Feststellung allgemein einzuhalten. Ich habe ich nichts dagegen; ich vernehme mich aber dagegen, wenn einen irrelevanten Fall herausgreift. (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) bezieht den Antrag Paasche als unzulässig zurück.
Abg. Stadthagen (Soz.) stellt fest, daß gerade von der Partei der Sozialdemokraten am Sonnabend kaum 10 Mitglieder anwesend waren. (Hört, hört! links.)

Die Abg. Radem (Zentr.) und Büsing (natl.) verteidigen den Antrag Paasche.
Abg. Sebel (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß während der zweiten Lesung der Vorlage auf namentliche Abstimmung genau so verfahren worden wäre, wie jetzt, und daß das Verfahren damals nicht erklärt worden sei.

Abg. Singer (Soz.) erklärt die ganze Debatte für unzulässig, da es schon in der Abstimmung befinde. (Sehr richtig! b. d. Soz.)
Abg. Frohme (Soz.) betont, daß die Unterfertigten unter dem Namen der namentlichen Abstimmung geschäftsmäßig zustande gekommen seien.

Präsident Graf Polakowski: Es steht fest, daß nicht anwesende Abgeordnete einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen können, wenn sie ihn nur eigenhändig unterschreiben. (Nur die rechts.) Ob eine eventuelle Erscheinung ist, daß von 51 Antragstellern nur 40 im Hause erschienen sind, ist eine andere Sache. Entscheidende Heiterkeit herrscht. Eigentlich liegt gar kein Antrag Paasche vor. Er hat nur gegeben, die Namen zu verlesen, weil sie ihn interessieren. (Heiterkeit.) Da ich nun jedem Abgeordneten gestatte bin, will ich die Namen verlesen. (Erneute Heiterkeit. Der Präsident verliest die Namen der Antragsteller.)

Bei der nunmehr erfolgenden namentlichen Abstimmung über die Erhöhung der Revisionssumme wird die Kommission (2000 M.) mit 119 gegen 74 Stimmen bei 10 Stimmentzügen angenommen. Es sind also 203 Abgeordnete anwesend und das Haus ist beschlußfähig.

Es folgt Abt. 2 des Art. 1 der Vorlage. Danach soll der Inhalt des Urteils, der bei der Unzulänglichkeit des Gerichts nicht eine Rücksicht auf den Wert des Gegenstandes für zu gering erklärt, dahin abgeändert werden, daß in Zukunft nur bei solchen Fällen nicht mehr der ordentlichen Unzulänglichkeit des Gerichts die Rücksicht zu sein soll.

Abg. Stadthagen (Soz.) bekämpft auf das Schärfste die vorliegende Einschränkung der Revision. Wird der Abt. 2 in der Kommission angenommen, so werden die Kleinrentner, zu deren Nutzen in Projekten mit den Großgrundbesitzern schon heute die Rücksicht nicht mehr beachtet wird.

Recher kommt noch einmal auf die Vorlage beim Kammergericht zurück. Die Revision der Mittelzentrale zurück und verweist das Urteil eines internationalen Strafgerichtes, in welchem es sich um einen jetzt anders verhängten Richter im Kammergericht handelt, und die Würden der Mittelzentrale schon recht geben. Der Tat liegen jetzt, nachdem der Justizminister das Urteil beantragt hat, zwei Erkenntnisse von anderen Kammergerichten vor, die zugunsten der Mittelzentrale und zugunsten Kleinrentner lauten. Jetzt ist der Ring oben und denkt froh, daß es nicht so noch Richter in Berlin! (Heiterkeit und sehr gut!)

Jetzt ist die Revision für Herrn Ring und seinen Gehilfen Herrn Krause gestellt, für denselben Herrn Krause, der wegen Mord und Erpressung zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Justizminister ist dem Senatspräsidenten gegen eine Weile entgegengekommen, wie es in der preussischen Justiz bisher denn doch noch nicht vorgekommen ist. (Sehr richtig! links.) Wenn nun in Zukunft die örtliche Unzulänglichkeit der Mittelzentrale nicht mehr abgehoben soll, dann wird durch das Justizministerium noch mehr geschädigt werden. Ich habe wenig Bedenken zu der völligen Unparteilichkeit der Reichsgerichtsräte, aber nicht solchen Beschuldigung, wie sie auf das Kammergericht gemacht werden ist, sind sie doch unabhängig, weil sie nicht zu führen haben. Ein Reichsgerichtspräsident wurde Justizminister eine grobe Antwort auf seinen Eingriff erteilt. Wird diese Vorlage Gesetz, so wird nicht mehr das Recht, das die in den Monaten des Rechts geschulte bloße Macht in Deutschland ist. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Niederding erklärt gegenüber dem Vorredner, die Mittelzentrale nach dem sog. Eingriff des Justizministers in der zweiten Lesung angegriffen und verloren habe, daß also von einer Revision keine Rede sein könne. 2. daß der Senatspräsident nach keine Revision zum Justizminister bekommen habe, 3. daß der Reichsminister keine Mitteilung erhalten habe, 4. daß der Justizminister erklärt habe, daß er sich nur formell und nicht materiell mit dem Urteil befaßt habe.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn Tatsachen wiedergegeben werden sollen, dann wäre die Antwort des Staatssekretärs wesentlich zu ändern. Denn man hätte die Mittelzentrale einen zweiten Prozess verloren, aber sie hat doch noch einen zweiten Prozess gewonnen, wieder an den Justizminister gegen den preussischen Abgeordnetenhaus hat der preussische Justizminister erklärt: Ich habe die Präsidenten der Senate darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Urteil mit Unrecht die Bestimmungen des Gesetzes auf die Senatsentscheidungen angewendet haben. (Hört, hört!) Läßt man die örtliche Unzulänglichkeit nicht mehr als Grund an, dann wird der Ring in der Welt herumrollen und der Richter ausweichen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Langemann (frei. Volksp.): Die Vorwürfe des Herrn Stadthagen sind leider nicht unbegründet und der Staatssekretär hat zur Verteidigung des preussischen Justizministers nur nebensächliche Punkte hervorgehoben. Der Senat hat bei der Beratung selbst festgestellt, daß er etwas Ungeheures vorgefunden, denn er hat festgestellt, daß er zu einer Nachprüfung nicht berechtigt ist. (Sehr richtig! links.) Wenn der preussische Justizminister nicht hierher kommt, um sich zu verteidigen, so gibt er entweder selbst zu, daß er hat, oder aber er legt eine Mißachtung der Volksoberkeit an den Tag. Ich fordere nochmals, daß Herr Schönstedt erklärt: tut er es nicht, so trägt er dazu bei, daß das preussische Volk kein Vertrauen mehr zu ihren Richtern haben.

Staatssekretär Dr. Niederding: Auf die Sache selbst habe ich nichts zu sagen, weil sie mir unbekannt war. (Heiterk. links.) Der preussische Justizminister ist in eine materielle Prüfung der Sache verwickelt, und hat nur festgestellt, daß ein Gesetz falsch nicht

worden ist. (Rufe links: Na also!) Das ist keine materielle Prüfung. (Heiterkeit links.) Der Justizminister ist kraft seines Ausschließungsrechtes berechtigt, Irrtümer oder Richter zu korrigieren.

Abg. Plamenthal (frei. Volksp.): Wenn der Justizminister amtlich erklärt, es sei von einem Gericht ein solcher Gesetzesparagraf angewandt worden, so ist das ein Eingriff, nicht nur in die formelle, sondern auch in die materielle Seite eines Prozesses, zumal die Richter in Bezug auf ihr Ansehen vom Minister abhängig sind. (Sehr richtig! links.)

Abg. Stadthagen (Soz.) verliest eine Rede des Ministers Schönstedt im preussischen Abgeordnetenhaus vom 18. März d. J. Der Justizminister hat unter Herabsetzung des Richterstandes

Präsident Graf Polakowski: Sie dürfen nicht sagen, daß der Präsident die Richter herabsetzt habe. (Nach d. b. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Wenn der Justizminister sagt, daß die Richter nicht den richtigen Gesetzesparagrafen haben herausfinden können, so müssen sich die Richter herabgesetzt fühlen. Das eine solche Herabsetzung beabsichtigt war, habe ich nicht behauptet; ich mir auch gleichgültig. Ein solches Vorkommnis ist in der ganzen Geschichte der Justiz noch nicht dagewesen. Wenn jetzt der Herr Ring herumläuft und sagt: Nun haben wir Richter am Kammergericht, die uns recht geben, so muß der Kleinrentner solche Richter für moralisch minderwertig halten. (Beifall bei den Soz.)

Diesem schließt die Diskussion über Abt. 2 des Art. 1, der gegen die Stimmen der Linken mit ganz geringer Mehrheit angenommen wird.

Abt. 4, der den Zwang auf Revision begründet, wird durch die Verlesung der Vorlage einleitet, wird unter Annahme einerlei eines Antrags (Zentr.) der eine Erweiterung der Vorlage auf die Begründung des Urteils, andererseits eines Antrags Dr. Spahn (Zentr.), der eine Verlängerung der Begründungsfrist durch Vereinbarung der Parteien ausschließt, in der Kommission aufgegeben.

Der Rest der Vorlage wird ohne wesentliche Debatte erledigt. Es folgt die dritte Lesung des Antrags Dr. Spahn (natl.) betr. Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (Erweiterung der Kompetenz der Schöffengerichte).

Abg. Dr. Müller-Meinungen (frei. Volksp.) verlangt baldige Einführung der neuen Verfassung in Strafsachen durch Schaffung einer wirklichen Berufsrichterklasse. Richter, große und kleine Schöffengerichte bei demselben Landgericht, wie sie die Strafprozeßreformkommission vorschlägt, kann ich nicht als geeignet ansehen. Die Schöffengerichte irren nicht öfter als gelehrte Richter. (Sehr richtig! links.)

Andere süddeutsche Schöffengerichte haben sich außerordentlich bewährt und sich der politischen und kulturellen Reaktion und dem autoritären Grundzug unserer Politik widersetzt. Ihnen verdanken wir es zum Teil, daß noch eine offene, ehrliche Kritik unserer Verhältnisse möglich ist. In Süddeutschland mögen die Richter nicht die wenig taugliche Kritik, die sich norddeutsche Juristen an den Schöffengerichten erlauben, statt mit dem Gedanken zu isolieren, die Schöffengerichte ganz zu beseitigen, sollte man vielmehr durch Gewährung von Dänen namentlich auch die Arbeiter heranziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Bayern geschieht das schon jetzt.

Es muß dafür gefordert werden, daß die Wiedereinführung der Berufung nicht an dem Widerstand des preussischen Finanzministers scheitert. Ist kein Geld da, um genügend Oberlandesgerichte zu errichten, so warten wir lieber noch ein paar Jahre. (Sehr richtig! links.) Es muß gegen alle erstinstanzlichen Urteile eine Berufung geschaffen werden, wenn nicht in diesem Jahre, dann in einem der nächsten. Auch muß energisch mit dem Appellations- und Hilfsrichterwesen gekämpft werden. (Beif. Beifall links.)

Abg. Dr. Herfeld (Soz.): Ich glaube nicht an die Heberhebung des Reichsgerichts, von der jetzt soviel die Rede ist, da ich weiß, wie schnell daselbst mit den Revisionen in Strafsachen fertig zu werden vermag. Die Regierung zieht die Oberlandesgerichte einfach deshalb dem Reichsgericht vor, weil sie weit abhängiger von den Ministern des Staates sind. Die Macht der Staatsregierung soll also wieder vergrößert werden. Sie wird auch dadurch vergrößert, daß 12 000 Sachen mehr an die Schöffengerichte kommen, in denen immer, von der Regierung völlig abhängige Richter den Vorsitz führen. Denken Sie daran, daß der Richter Simon in Württemberg verurteilt wurde, weil er die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei bezeichnete. (Hört, hört! bei den Soz.) Denken Sie ferner daran, wie ein Staatsanwalt in Berlin einem Schöffen nachlegte, sich für befangen zu erklären, weil er Sozialdemokrat sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Schöffen urteilen im allgemeinen, zumal in wirtschaftlichen Fragen, nicht weniger befangen als die ordentlichen Richter. Urteilen aber einmal Schöffen in einem den herrschenden Massen unpopulären Sinne, so sofort der Staatsanwalt Berufung ein. Diese staatsanwaltliche Berufung wollen wir beseitigen und wie machen unsere Justizentscheidungen auf dem ganzen Gebiete von der Annahme unserer abhängigen Anträge abhängig. Wir beantragen ferner die Streichung der Bestimmungen, wonach vor den Schöffengerichten der Angeklagte nicht Einwendungen gegen die Einführung des Hauptverfahrens und den Wunsch nach einer Voruntersuchung äußern kann. Schließlich bitten wir, den Verstoß in anderer Weise, betreffend Verweisung der Vorverfahren an die Gesamten, aufrecht zu erhalten. Der Reichstag hat ein dringendes Interesse daran, die vielfach angegriffenen Schöffengerichte, diese Errungenschaft einer früheren Periode des Bürgerrechts zu schützen. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Niederding erklärt, daß die Vorlage für die Regierung unannehmbar sei, wenn der Verstoß der zweiten Lesung über die Verweisung der Vorverfahren an die Schöffengerichte aufrecht erhalten werde. Die Strafprozeßreformkommission mit die Schöffengerichte nicht beseitigen, sondern nur ein Zusammenwirken von gelehrten Richtern und Schöffen herbeiführen. Uebriens wird vielleicht die Regierung den Vorschlag der Kommission nicht annehmen, sondern die Schöffengerichte beibehalten.

Damit schließt die Generaldebatte und es beginnt die Spezialdebatte.

§ 75 zählt die Vergehen auf, bei denen die Strafkammer die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts an das Schöffengericht überweisen kann. Ein Antrag Albrecht (Soz.), die Worte „auf Antrag des Staatsanwalts“ zu streichen, wird abgelehnt und § 75 in der Kommission aufgegeben.

§ 80 hat in der zweiten Lesung den Zusatz bekommen, daß die Schöffengerichte auch für Freiwerden zuständig sein sollen.

Abg. Hinzburg (natl.) beantragt die Streichung dieses Satzes.

Abg. Weiß (natl. Vereinig.) erklärt, daß keine Gruppe zum Teil für, zum Teil gegen den Antrag Hinzburg stimmen werde.

Abg. Hanemann (natl.) spricht für den Antrag Hinzburg.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Verweisung der Verbrechen an die Schöffengerichte ist eine alte liberale Forderung. Die drakonischen Urteile in Freiwerden erklären sich zum Teil daraus, daß Angeklagte deselben Straftats, dessen Einwirkungen kräftiger werden, über die sie Gericht sitzen, von denen diese Kritik ausgeht. Natürlich stehen diese Richter dann fast immer auf Seiten des Staates, zumal da jetzt auch noch der Referendariatsteil in den Richterstand einbezogen ist. Namentlich, wenn sich die Kritik gegen eine und solche Personen richtet, werden die Richter fast immer geneigt sein, die Absicht der Regierung, werden die Angeklagten anzunehmen. Redner erinnert an die Verurteilung des verstorbenen Abgeordneten Schmidt wegen einer angeblichen Missetat im Jahre 1893, an den jetzt vor der 4. Strafkammer in Berlin stehenden Ministerpräsidenten und an die Verurteilung eines Richters, daß man einen sozialdemokratischen Redakteur, wenn man ihn einmal fassen konnte, ganz besonders hart bestrafen mußte.

Die süddeutschen Schöffengerichte sind gewiß nicht ideal, aber Urteile, wie die norddeutschen Strafkammern sie fällen, sind denn bei ihnen doch nicht möglich. Auch die Herren von der Rechten und vom Zentrum sollen für die Ueberweisung der Freiwerden an die Schöffengerichte stimmen, denn es kann doch einmal die Zeit kommen, in der auch sie mit der Regierung in Streit geraten. Die von der Strafprozeßreformkommission vorgeschlagene Erhebung der Schöffengerichte durch große Schöffengerichte würde bedeuten, daß in Zukunft eine viel kleinere Anzahl von Richtern genügen würde, um Angeklagte schuldig zu sprechen. Gerade jetzt ist Gelegenheit abzuwarten, die Kompetenz der Schöffengerichte auszuweiten und somit ein Präjudiz gegen ihre drohende Abschaffung zu schaffen. Mögen namentlich alle süddeutschen Abgeordneten für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung stimmen damit die Leute, die immer gegen die Schöffengerichte been, einsehen, daß das Volk von ihrer Abschaffung nichts wissen will. Der Reichstag darf sich nicht von dem Staatssekretär ins Bockshorn jagen lassen. Nehmen Sie den Antrag Hinzburg ab. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (frei. Volksp.) betont, daß ein Erlaß der Schöffengerichte durch die sogenannten großen Schöffengerichte eine vollständige Änderung des Inhalts der Geschworenen bedeute. (Beifall links.)

Abg. Langemann (frei. Volksp.) (die Ausführungen des Redners bleiben bei der herrschenden Unruhe fast unverständlich.) Redner scheint im allgemeinen die Schöffengerichte den Schöffengerichten vorzuziehen, sich aber doch gegen den Antrag Hinzburg zu wenden.

Abg. Dr. Marcorer (Zentr.) ist für den Antrag Hinzburg.

Die Abstimmung ist auf Antrag Singer (Soz.) eine namentliche. Es stimmen 56 Abgeordnete für Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung, 14 dagegen. 5 enthalten sich der Abstimmung. Es bleibt also bei der Zuständigkeit der Strafkammern für Freiwerden.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Ablehnung einer Reihe weiterer sozialdemokratischer Anträge in der Kommission aufgegeben und ebenso die Vorlage in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betr. Ausgabe von Banknoten zu 20 und 50 M. Die Vorlage wird gegen den Widerstand der Freisinnigen an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, Mittwoch 1 Uhr, werden nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Spahn (Zentr.), Singer (Soz.) und v. Treuenfels (natl.) beteiligen, gesetzt: 1. Dritte Lesung des Antrags Hill (frei. Volksp.) betreffend Handelsbargeld. 2. Zweite Lesung des Antrags v. Treuenfels (natl.) betreffend Vorkauf der Tierhäute. 3. Dritte Lesung der Vorlage betreffend Änderung der Justizprozeßordnung. 4. Wahlprüfungen. (Schluß 6 1/2 Uhr.)

Plözensee vor Gericht.

Siebenter Verhandlungstag.

H. F. Berlin, 23. Mai.

Verhandelt wird über den „Fall Skaroff“.

Am 7. März 1904 brachte die Zeit am Montag einen Artikel zur Verurteilung des Prinzen Arenberg. Zum Beweise für das Verschulden der Gefangenen, denen nicht so vornehmliche Einflüsse zu Gebote standen wie dem Prinzen Arenberg, wurde darin der Fall des russischen Juden Skaroff, alias Habermann, besprochen. Es wurde angedeutet, Skaroff sei trotz seines Betretens wegen Diebstahls einer Uhr zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt und, nachdem er während der Untersuchungshaft ganzlich verrückt geworden sei, nach Plözensee gekommen. Obwohl er das flatternde Futter des Zerlins in den Augen gehabt, habe man ihn als Arbeitsverweigerer behandelt. Der Pfleger habe ihn für gesund und arbeitsfähig erklärt, und der Polizeikommissar Pönding habe ihn wegen Ungehorsams und Arbeitsverweigerung wiederholt disziplinarisch bestraft, wobei Dr. Pönding die Vollstreckung für unbedenklich erklärt habe. Am 9. Juni sei Skaroff, der sich nicht mehr aufzurichten vermochte, von zwei Wachtposten in das Lazarett gebracht und am 17. August 1900 der Arsenalklinik übergeben worden. Der Artikel schließt in Anknüpfung gegen einen die Schuldhaft der Vollstreckung der Disziplinarstrafen gegen einen die Arsenalklinik der Zankstelle, die dünne Kleidung, das Liegen auf der hölzernen Platte ohne Bettunterlage, den Mangel einer erwarmanden Bedeckung in grümmter Winterzeit. Schließlich wird ein Vergleich gezogen zwischen dem Prinzen Arenberg und dem halb verhungerten russischen Juden, mit dem man nicht viele Umstände zu machen braucht.

Einen Teil dieses Artikels gab der Vortrags, dessen bezeichnender Redakteur damals Skaroff war, in einem Artikel unter der Spitzmarke: Alle Schweden des Mittelalters wieder.

Die Anklage behauptet, daß nur die Angaben über die disziplinarischen Bestrafungen des Skaroff und seine Ueberführung in eine Arsenalklinik richtig seien; alles übrige sei unwichtig oder nicht erwiesen. Namentlich sei nichts dafür erbracht, daß Skaroff in der Untersuchungshaft verrückt geworden sei, vielmehr spreche alles dafür, daß erst während der Einsperrung der Strafbau, vielleicht auch infolge der Einwirkung der während der Untersuchungshaft erlittenen psychischen Störungen sich bei ihm entwickelte, die am 9. Juni 1900 erkannt worden sei.

Angell Schmidt erklärt auf Befragen, daß er das Material zu dem Artikel von Arens erhalten habe. Die an den Artikel geschöpften Verweisungen rühren von ihm her.

Angell Arens behauptet, das Material geliefert zu haben. Die Vorlesung bei der Einlieferung des Skaroff und bei seiner Ueberführung in das Lazarett habe er mit eigenen Augen angesehen. — Prof.: War denn Skaroff in der Zankstelle? — Angell: Nein. — Prof.: Hatte er denn im Arreit eine dünne Kleidung? — Angell: Nach meiner Ansicht ist die Kleidung sehr dünn. — Prof.: Was denn Skaroff auf einer Platte ohne Unterlage gelegen? — Angell: Meines Wissens nicht. Er hatte eine Decke als Unterlage.

Angell Skaroff erklärt auf Befragen, daß er es für eine große Ehrwürdigkeit betrachten würde, wenn er den Artikel aus der Zeit am Montag nicht übernommen hätte, denn der Artikel enthalte doch entsetzliche Anklagen gegen den preussischen Strafvollzug. Abgesehen von allen sonstigen Lebensverhältnissen, die vielleicht nicht ganz stimmen mögen, sei für ihn schon der Auszug aus den Akten durchaus genügend gewesen, um die kolossale Dürftigkeit langer Arreststrafen gegen einen Mann, der schließlich als Arretirter erkannt worden ist, sei schon geeignet, einen gesunden Menschen geistig und körperlich herabzubringen, und müsse eine noch genauere Prüfung auf einen geistig nicht normalen Menschen ansetzen. Der Artikel richte sich daher lediglich gegen den Strafvollzug und wolle auch die unwürdige Stellung hervorheben, die den Ärzten durch die Gefängnisordnung zugewiesen werde.

Dem Falle Skaroff ist noch ein zweiter Artikel in Nr. 70 des Vorwärts vom 23. März 1904 gewidmet, für den der Angell Skaroff verantwortlich ist. Der Artikel führte die Ueberlieferung: Straffolles und erörterte nochmals die Fälle Groze und Skaroff im Vergleich zu dem Falle des Prinzen Arenberg. Es wird daran eine abföhrliche Kritik des heutigen Strafvollzugs geschöpft, auszuführen, daß jeder Strafgefangene heute im Gefängnis nur eine Nummer bedeute sei und auch Schema F behandelt werde. Alles Persönliche werde ganz

